

DAS PROBLEM DER DEUTSCHEN MINDERHEIT  
IN BÖHMEN IN DER INTERNATIONALEN POLITIK  
DER JAHRE 1918/1919

Von *Francesco Leoncini*

Eine genügend fundierte Analyse der Sudetenfrage<sup>1</sup>, bezogen auf die Ereignisse der Zeitspanne, die von der Auflösung Österreich-Ungarns bis zum Abschluß der Friedensverträge reicht, muß meines Erachtens die Botschaft Wilsons an den amerikanischen Kongreß vom 8. Januar 1918 zum Ausgangspunkt nehmen. Auf das Friedensprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten nämlich konzentrierte sich in ganz besonderer Weise die Aufmerksamkeit der Sudeten, die auf diesem Programm und auf dem Prinzip der Selbstbestimmung, dem darin wesentliche Anerkennung zuteil wird, schließlich den gesamten Kampf zur Verteidigung ihrer Autonomie aufbauten. Eine Behandlung der vierzehn Punkte jedoch kann nicht nur in einer Analyse der Aussagen als solcher bestehen, sondern muß vielmehr den Zusammenhang untersuchen, innerhalb dessen sie formuliert worden sind, das heißt genauerhin, die politische Tradition Amerikas, das politische Denken Wilsons, die internationale politische Situation jenes Augenblicks. Nur so können ihr wirklicher Wert und ihr effektives politisches Gewicht innerhalb des raum-zeitlichen Gefüges, in das sie sich einfügen, genau ins Licht gerückt werden. So wird man auch die Berechtigung und Begründetheit des Strebens der Sudeten nach Selbstbestimmung und ihre diesbezüglichen Erwartungen dem Präsidenten Wilson gegenüber vor und besonders während der Friedenskonferenz in umfassender Weise beurteilen können.

Es hatte seit Beginn des Krieges zwar nicht an prinzipiellen Erklärungen von seiten der kriegführenden Mächte gefehlt, an feierlichen Bestätigungen des Nationalitäten-Prinzips und des Rechts auf Selbstbestimmung<sup>2</sup>, aber die politische und

---

<sup>1</sup> Zur Bezeichnung „Sudeten“ vgl. *Aschenbrenner*, V.: *Sudetenland*. Bad Reichenhall o. J., S. 3.

<sup>2</sup> Wir erinnern an die Antwort der Entente vom 10. Januar 1917 auf den Appell, den Wilson an die kriegführenden Mächte mit der Aufforderung gerichtet hatte, ihre Kriegsziele bekannt zu geben. Unter Punkt 3 war darin unter anderem folgendes gesagt worden: „Riorganizzazione dell' Europa con un regime stabile e fondato sul rispetto delle nazionalità e sul diritto alla piena sicurezza e alla libertà di sviluppo economico che possiedono tutti i popoli, grandi e piccoli, e su convenzioni territoriali e regolamenti internazionali, adatti a garantire le frontiere terrestri e marittime contro attacchi ingiustificati“ (zitiert in: *Nitti*, F. S.: *L' Europa senza pace*. In: *Scritti politici*. Bd. 1. Bari 1959, S. 32). In der Zwischenzeit hatten aber die Alliierten mit Italien, Rußland und Rumänien Geheimabkommen geschlossen, in denen sie territoriale Entschädigungen solcher Art versprochen, daß sie die Prinzipien der Nationalität und Selbstbestimmung, die sie öffentlich verkündeten, weitgehend verleugneten. Anderer-

wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten und das ideale Sendungsbewußtsein, das den amerikanischen Präsidenten beseelte, gaben den zutiefst reformerischen Inhalten seiner Botschaft eine Garantie, die keine andere Macht oder keine politische Bewegung in jenem Augenblick anbieten konnten. Wenn die Behauptungen eines Lloyd George, demzufolge aus dem Krieg „world fit for heroes to live in“<sup>3</sup> erstehen sollte, mit gewisser Skepsis aufgenommen wurden, so mußte die Aufnahme der amerikanischen Erklärungen eine sicherlich andere sein. Die Vereinigten Staaten brachten nicht nur das Gewicht ihrer wirtschaftlichen Macht mit ins Spiel, sie brachten auch die idealistische Kraft von Pionieren der Neuen Welt mit, den Geist der amerikanischen Grenze<sup>4</sup> und jene ethisch-religiöse Färbung, die eine typische Eigenheit ihrer politischen Seele darstellte. So war der ideologische Aspekt des Krieges infolge ihres Eintritts in den Krieg enorm angewachsen, der Krieg hatte immer mehr den Charakter eines Kreuzzuges angenommen, es war „the war to end wars“, „to make the world safe for democracy“. Wilson besonders verkörperte in äußerst wirksamer Weise die Gestalt eines Schöpfers einer „Neuen Ordnung“. Schon in seinem Buch „The State, Elements of Historical and Practical Politics“, das 1889 in London herauskam, hatte er das Recht aller unterdrückten Völker und im besonderen jener Österreich-Ungarns auf Erlangung von Gleichberechtigung anerkannt und seine Anerkennung für ihre diesbezüglichen Anstrengungen innerhalb der Habsburg-Monarchie ausgesprochen<sup>5</sup>. Am 27. Mai 1916 hatte er in einer Rede vor der League to enforce peace behauptet, daß der Friede auf folgenden drei Prinzipien gründen müßte:

---

seits waren weder Frankreich noch England Mächte, die sich in der Verfolgung ihrer politischen Ziele ähnlichen Rechten besonders verpflichtet gefühlt oder sich nach idealen Überlegungen ausgerichtet hätten. Darüber, wie man zur Formulierung des Textes der Antwort kam, und über die geringe Bedeutung seines Inhalts hinsichtlich einer radikalen Erneuerung des Ansatzes der internationalen politischen Beziehungen und der effektiven Inangriffnahme einer Politik der Nationalitäten vgl. Valiani, L.: La dissoluzione dell'Austria-Ungheria. Mailand 1966, S. 267—282.

Eine tiefere Bedeutung war den Werten von Freiheit und Demokratie, welche die alten europäischen Mächte so unvermittelt nun den Völkern zuerkennen wollten, von der bolschewistischen Revolution gegeben worden. Der Sowjet von Petrograd hatte am 15. Mai 1917 an alle Sozialisten der Welt appelliert, damit sie sich für einen Frieden ohne Annexionen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes einsetzten, und am 2. November desselben Jahres hatte diese Politik der Nationalitäten ihre präzise Umschreibung in der „Erklärung der Rechte der Völker Rußlands“ erhalten, welche „es den Nationalitäten [des ehemals zaristischen Reiches] freistellte, sich zu trennen oder gemeinsam zu leben auf der Basis von Gleichheit und Souveränität, mit der Abschaffung aller Privilegien zugunsten der einen oder anderen Nationalität“ (Pietromarchi, L.: Il mondo sovietico. Mailand 1963, S. 391). Aber diese Haltung des russischen Kommunismus hatte wenig Einfluß auf die internationale Politik, und da er mit dem revolutionären Kampf im eigenen Land beschäftigt war, besaß er in Wirklichkeit nicht das politische Gewicht, diese Rechte auf internationaler Ebene zu behaupten.

<sup>3</sup> Zitiert in: Albrecht-Carrié, R.: A Diplomatic History of Europe Since the Congress of Vienna. New York 1958, S. 312.

<sup>4</sup> Vgl. dazu: Turner, F. J.: The Frontier in American History. New York 1953.

<sup>5</sup> Das Werk lag mir in der französischen Übersetzung vor: L'État. Éléments d'Histoire et de Pratique Politique. 2 Bde. Paris 1902; bezüglich des Habsburg-Reiches und der ihm unterworfenen Völker vgl. Bd. 2, S. 2—22.

„First, that every people has a right to choose the sovereignty under which they shall live ... Second, that the small states of the world have a right to enjoy the same respect for their sovereignty and for their territorial integrity that great and powerful nations expect and insist upon. And, third, that the world has a right to be free from every disturbance of its peace that has its origin in aggression ...“

Er hatte dann die Bildung einer „universal association of nations“<sup>6</sup> vorgeschlagen, mit dem Ziel, die Freiheit der Meere zu gewährleisten und künftige Kriege zu vermeiden. In seiner Rede an den Senat vom 22. Januar 1917 hatte Wilson dann feierlich erklärt: „Nur ein Friede zwischen Gleichen kann dauern. Nur ein Friede, dessen wahres Prinzip Gleichheit heißt und eine gemeinsame Beteiligung zum Wohl aller einschließt. Die rechte Einstellung, das rechte Denken und Fühlen der Völker ist ebenso wichtig für einen dauerhaften Frieden, wie die gerechte Lösung von Streitfragen territorialer, rassischer oder völkischer Zugehörigkeit.“

Die Gleichheit der Nationen, auf der der Friede fußen muß, muß eine Gleichheit der Rechte sein, wenn sie dauern soll. Die ausgetauschten Garantien dürfen einen Unterschied zwischen großen und kleinen, starken und schwachen Nationen weder anerkennen noch dulden. Das Recht muß auf der gemeinsamen Kraft ruhen, nicht auf der individuellen Macht der Nationen, von deren Einverständnis der Friede abhängen wird ... Und trotzdem handelt es sich auch um eine Seite, die tiefgreifender ist als die Gleichberechtigung zwischen organisierten Nationen. Ein Friede nämlich, der das Prinzip nicht anerkennt, daß die Regierungen ihre gerechte Gewalt von der Zustimmung der Regierten herleiten, und daß keinerlei Recht besteht, Völker von einer Souveränität zur anderen zu schieben, als seien sie einfaches Eigentum, ein solcher Friede kann nicht und sollte nicht bestehen ...<sup>7</sup>“ Später, nach Verkündung der Vierzehn Punkte, drückte sich der amerikanische Präsident in einer Botschaft an den Kongreß am 11. Februar desselben Jahres wie folgt aus: „Es soll keine Annexionen geben ...; es sollen keine Völker durch eine internationale Konferenz oder durch Vereinbarung zwischen Gegnern von einer Staatsgewalt der anderen ausgeliefert werden. Nationale Ansprüche müssen beachtet werden, die Völker dürfen nur noch mit ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Das ‚Selbstbestimmungsrecht‘ ist nicht eine bloße Phrase, es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden.“

Dann fuhr er fort: „Der Krieg hatte seine Wurzeln in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Nationalitäten, denen die Einigkeit (Einheit) und die Macht fehlten, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und die eigene Form ihres politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen

<sup>6</sup> Zitiert in: M a m a t e y, V. S.: The United States and East Central Europe (1914—1918). Princeton 1957, S. 41; Text in: B a k e r, R. S. / D o d d, W. E. (ed): The Public Papers of Woodrow Wilson. The New Democracy. Bd. 2. New York 1926, S. 184 ff.

<sup>7</sup> Il pensiero politico nell'età di Wilson. Hrsg. von O. B a r i é. Bologna 1962, S. 198 („Der Friede ohne Sieg“, Ansprache an den Senat vom 22. Januar 1917).

müssen nun eingegangen werden, die solche Dinge künftig unmöglich machen, und diese Verpflichtungen müssen durch die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben und willens sind, sie um jeden Preis aufrecht zu erhalten, gestützt werden<sup>8</sup>.“

Aus diesem Überblick über einige der bezeichnendsten Erklärungen Wilsons während des Krieges scheint mir klar hervorzugehen, daß die ideologischen Inhalte seiner Politik nicht so sehr auf ein einziges Prinzip zurückführbar sind, nämlich auf das Prinzip der Selbstbestimmung, wie man zu jener Zeit gerade von seiten der Sudeten interpretieren zu können glaubte, sondern daß sie eine größere Tragweite besaßen und ihre Wurzeln im Geist der amerikanischen Demokratie zu suchen sind. Sicherlich tritt das Prinzip der Selbstbestimmung im ideologischen Zusammenhang von Wilsons Politik besonders hervor, aber nur in eben diesem Zusammenhang und darüberhinaus im Rahmen der internationalen Politik, in dem es seine konkrete Anwendung finden sollte, kann es richtig interpretiert werden. Vor allem ist ein Drängen auf Teilnahme überall gegenwärtig: die Völker sind innerhalb ihrer Staaten zu einer bestimmenden Teilnahme an der Wahl der politischen Entscheidungen aufgerufen. „What we seek“, betont Wilson in seiner Rede von Mount Vernon im Juli 1918, „is the reign of law, based upon the consent of the governed, and sustained by the organized opinion of mankind“.<sup>9</sup> Diese Zustimmung des Volkes, diese Notwendigkeit, daß alle sich an den Entscheidungen, die an der Spitze getroffen werden, beteiligt fühlen können, ist eine der reinsten Ausdrucksweisen der wahren Demokratie. Amerika machte sich nun zu ihrem legitimsten Bannerträger. Parallel zu diesem ragt ein anderer Grundsatz aus dem Denken Wilsons hervor, der Grundsatz der Gleichheit der Rechte aller Völker. Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der menschlichen Gemeinschaft ist eine absolute Gleichberechtigung aller ihrer Teile: keine Nation kann ihre Herrschaft über eine andere ausdehnen. Aus dieser Anerkennung des Wertes der nationalen Unverletzbarkeit und aus der Notwendigkeit einer autonomen Entwicklung leitet sich das Recht auf Selbstbestimmung und das Prinzip der Nationalitäten her. In den Erklärungen Wilsons beziehen sie sich dann vor allem wiederholt auf die kleinen Nationen; ihren Anstrengungen, sich von dem Zustand der Unterdrückung und von den Folgen einer Nationalität ohne Geschichte zu befreien, wendet der amerikanische Präsident besondere Aufmerksamkeit zu. Die Notwendigkeit, daß die neuen Prinzipien vor allem ihnen gegenüber ihre Anwendung finden, ist eine beständig wiederkehrende Forderung in seinen Reden.

Um das Bestreben der kleinen Völker zu begünstigen, als welche in jenem Augenblick allgemein zunächst die Slawen der Habsburg-Monarchie angesehen wurden, scheint er sogar bereit zu sein, die Auswirkungen jenes Prinzips der Selbstbestimmung, dessen verbissenster Vorkämpfer er ohne Zweifel ist, einzuschränken.

<sup>8</sup> Zitiert in: Decker, G.: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Göttingen 1955, S. 110—111; Text in: Luckau, A.: The German Delegation at the Paris Peace Conference. New York 1941, S. 323—324.

<sup>9</sup> Zitiert in: Wilsons Ideals. Hrsg. von S. K. Padover. Washington 1942, S. 96.

Ein klares Beispiel liefert uns der Fall der Polen. Wenn Wilson im vorletzten seiner Vierzehn Punkte als Ziel des amerikanischen Friedensprogramms die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates mit Zugang zum Meer vorschlägt, verweigert er damit praktisch auf indirektem Wege den deutschen Bevölkerungsteilen, die längs der Küste des Baltischen Meeres wohnten, das Recht auf Selbstbestimmung. In diesem Fall also hätten nach dem ausdrücklichen Willen des Präsidenten geschichtliche und ökonomische Gründe den Vorrang vor einer mechanischen Anwendung des Rechts auf Selbstbestimmung erhalten, demzufolge die angedeutete Lösung nie hätte verwirklicht werden können.

In Wirklichkeit hatten die Experten der Inquiry<sup>10</sup> Lösungen der polnischen Frage vorgelegt, die der Anwesenheit von Deutschen eher Rechnung trugen und vorschlugen, Polen entweder als föderativen Staat in ein demokratisches Rußland oder als autonomen Staat in die österreichisch-ungarische Monarchie zu integrieren. Ungeachtet dieser Hinweise hatte aber Wilson an den Rand des Memorandums der Inquiry vom 2. Januar 1918 geschrieben:

„An independent Polish state must be established whose political and economic independence and territorial integrity shall be guaranteed by international covenant. It shall include the territories inhabited by indisputably Polish population and shall be guaranteed a free and secure access to the sea“<sup>11</sup>.

Diese und andere Ausnahmen, die dann von der Friedenskonferenz von Paris sanktioniert wurden, können aber nicht als dem allgemeinen ideologischen Ansatz Wilsons notwendig entgegengesetzt angesehen werden. Denn zu diesem gehörte neben den schon erinnerten Inhalten auch die Idee, die schließlich allen anderen Ideen gegenüber überwog, eine übernationale Autorität zu schaffen, die imstande sein sollte, alle internationalen Streitfragen zu lösen, den Rechten der Minderheiten Beachtung zu verschaffen und auf jeden Falle zu verhindern, daß jene schwierigen Verhältnisse, die die Friedenskonferenz etwa ungelöst lassen könnte, in der Folgezeit zu einer Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens der

<sup>10</sup> Die Inquiry war der Expertenausschuß, den Wilson im Herbst 1917 ernannt und unter die Aufsicht seines Vertrauten Oberst House gestellt hatte, mit der Aufgabe, die Friedensbedingungen so vorzubereiten, daß die neuen Grenzen Deutschlands und die Neuordnung Österreich-Ungarns den von Wilson ausgesprochenen Grundsätzen entsprächen. Er bekam die Schlußfolgerungen des Ausschusses aus den Händen von House am 4. Januar 1918 und bediente sich ihrer weitgehend in der Verkündung der Vierzehn Punkte. Der Umstand aber, daß diese Gruppe von Spezialisten außerhalb des Außenministeriums gebildet worden war, trug sicherlich nicht zur Klarheit der amerikanischen Außenpolitik während der Friedenskonferenz bei. In Wirklichkeit wollte Wilson den Staatssekretär von der Ausarbeitung der Außenpolitik immer fernhalten und überließ ihm deshalb eine rein exekutive Funktion. Dazu bemerkt V. S. M a m a t e y 79: „Wilson was a lonely, proud, and domineering man who, in other times and given a different education, would have made a particularly imperious autocrat. To a large extent he insisted on being his own Secretary of State, using Lansing more or less only as an expert clerk to put his ideas into appropriate form and to execute them.“

<sup>11</sup> Die Nachricht stammt von: M o l i n, Alma L.: *The Paris Peace Conference, Wilson, and the German Problem*. In: *Deutschland und die USA (1918—1933)*. Braunschweig 1968, S. 29—30; der Text der Anmerkung Wilsons findet sich in: B a k e r, R. S.: *Woodrow Wilson and World Settlement*. Bd. 3. New York 1923, S. 37.

menschlichen Gesellschaft auswachsen würden. Der Völkerbund hätte sogar die Überarbeitung der Friedensverträge ermöglichen können, wann immer dies im Hinblick auf eine völlige Verwirklichung des Prinzips der Nationalitäten notwendig geworden wäre.

Auf diesen Zweck zielt im besonderen der Artikel 3 des Entwurfs eines Statuts dieser Vereinigung, der am 10. Januar 1919 der amerikanischen Kommission vorgelegt wurde und der besagt:

„The Contracting Powers unite guaranteeing to each other political independence and territorial integrity; but it is understood between them that such territorial readjustments, if any, as may in the future become necessary by reason of changes in present racial conditions and aspirations or present social and political relationships, pursuant to the principle of self-determination, and also such territorial readjustments as may in the judgment of three-fourths of Delegates be demanded by the welfare and manifest interest of the peoples concerned, may be effected if agreeable to those peoples; and that territorial changes may in equity involve material compensation. The Contracting Powers accept without reservation the principle that the peace of the world is superior in importance to every question of Political jurisdiction or boundary<sup>12</sup>.“

Neuere Untersuchungen, die im oben zitierten Artikel von Alma Luckau Molin erwähnt werden, scheinen überdies zu beweisen, daß die Haltung Wilsons in bezug auf das Prinzip der Selbstbestimmung während der Friedenskonferenz viel weniger kompromißbereit war, als dies auf den ersten Blick scheinen mag<sup>13</sup>. Sicherlich nahm das Bemühen, sein Sicherheitssystem durch die Schaffung des Völkerbundes verwirklicht zu sehen, in den Friedensverhandlungen einen ersten Platz ein, aber trotzdem zeigte er sich äußerst hart gegenüber den französischen Forderungen bezüglich Saar und Rheinland; während er bezüglich Polens, wie wir gesehen haben, zugunsten wirtschaftlicher, geschichtlicher und strategischer Gründe eintrat, die auf die ethnischen Beziehungen eine einschneidende Wirkung haben mußten. Andererseits hatte er schon vor der Friedenskonferenz die Brennergrenze anerkannt, in der Meinung, Italien würde so den Jugoslawen gegenüber eine konziliantere Haltung einnehmen<sup>14</sup>.

Dort, wo dieses Prinzip also geleugnet wurde, geschah dies aufgrund des ausdrücklichen (oder stillschweigenden, wie wir im Falle der Sudeten sehen werden) Willens Wilsons, und nicht aus mangelnder Kenntnis der Situation oder aus der Unmöglichkeit und Unfähigkeit heraus, die eigenen Gründe zu verteidigen<sup>15</sup>.

<sup>12</sup> Baker III, 102.

<sup>13</sup> Vgl. Molin 25—26.

<sup>14</sup> Vgl. Toscano, M.: *Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige*. Bari 1967, S. 18—26.

<sup>15</sup> Während der Fahrt nach Paris an Bord der George Washington scheint der amerikanische Präsident vielmehr in der Unterhaltung mit einem der Mitglieder der amerikanischen Delegation (Young) gesagt haben: „that he thought it would be too complicated to draw any new boundary in Bohemia, even though there is a clear line which could and should be drawn eliminating two million Germans from Czechoslovakia“ (Zitiert in: Perman, D.: *The Shaping of the Czechoslovak State*. Leiden 1962, S. 139; Text in: William C. Bullitt Papers, *Diary on Board SS George Washington*. December 1918, entry of December 12).

Denn in der Tat erfreuten sich die kleinen Nationen und ihre Erfordernisse einer bevorzugten Stellung in der politischen Theorie und Praxis Wilsons.

Andererseits war die internationale politische Situation, in der das amerikanische Friedensprogramm entworfen wurde, weitgehend gekennzeichnet von dem Erstarken einer beeindruckenden imperialistischen Dynamik Deutschlands und von einer immer größeren Abhängigkeit Österreich-Ungarns von Deutschland. Unter dem Druck der strategischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit waren nämlich die Tendenzen des deutschen Imperialismus zu voller Reife gekommen. Vor allem mit Bethmann-Hollweg hatte der Begriff eines Mitteleuropa<sup>16</sup> von Anfang des Krieges an eine genaue Definition erhalten und auf die deutsche Politik praktischen Einfluß errungen. Bethmann-Hollweg hatte unter Punkt 4 seines Programms über die Ziele des Krieges vom 9. 9. 1914 erklärt: „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen (!) und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren“<sup>17</sup>.

Wenn der wirtschaftliche Imperialismus des deutschen Kanzlers und mehr noch der militaristische von Ludendorffs, der eine auf den mitteleuropäischen Raum beschränkt, der andere von außereuropäischen Erwartungen getragen, einerseits auch die Existenz der Donaumonarchie voraussetzten, so priesen sie jedoch in ihr vor allem die Gegenwart und die Funktion der deutschen Komponente, die die Aufgabe übernehmen würde, den Habsburg-Staat unter der deutschen Oberhoheit zu erhalten. Von seiten der Mächte der Entente und Amerikas hatte man wiederholt versucht, das Schicksal der Habsburger von dem des wilhelminischen Deutschland zu trennen. Die Absichten dieser Mächte bezüglich des Schicksals der Monarchie blieben lange unklar, ihre Auflösung war also alles andere als selbst-

<sup>16</sup> Gegen Ende des letzten Jahrhunderts hatten sich in Deutschland verschiedene Auffassungen breitgemacht, welche die Errichtung einer großen politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft erstrebten, die die Deutschen und die slawischen Völker von Mittel-Ost-Europa umfassen sollte. Wenn in einigen Fällen diese Theorien aus einem echten Wunsch heraus entstanden, übernationale Instanzen zu schaffen, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Völkern fördern sollten (dies ist der Geist des Werkes von Friedrich N a u m a n n, „Mitteleuropa“, das 1915 in Berlin herauskam und das immerhin die bedeutendste Äußerung der gesamten Bewegung darstellt), so verrieten sie in anderen Fällen die klare Absicht des deutschen Imperialismus.

Der Begriff eines Mitteleuropa wird von Hitler aufgenommen und überholt werden. Aber schon Ludendorff gab ihm im letzten Augenblick des Krieges eine Bedeutung, die über die traditionellen Auffassungen, auch die imperialistisch geprägten, hinausging. In seinen Plänen war Mitteleuropa lediglich der Ausgangspunkt für eine weitere Expansion nach Osten, ein Durchzugspunkt für größere Eroberungen. Über den deutschen Imperialismus und besonders über seine Entwicklung während des Krieges vgl. F i s c h e r, F.: Griff nach der Weltmacht. Düsseldorf 1961.

<sup>17</sup> Zitiert in: F i s c h e r 112; Text in: DZA Potsdam, RK, Gr. Hq. 21, Nr. 2476 (Bethmann-Hollweg an Delbrück, 9. Sept. 1914).

verständlich. Und dies trotz des Druckes der nationalen Freiheitsbewegungen, die besonders im Ausland aktiv waren und unter denen die tschechische Bewegung eine Führerrolle innehatte. Aber die getrennten Friedensbemühungen, denen Kaiser Karl besondere Aufmerksamkeit schenkte und die sich bis zum März 1918 hinzogen, kollidierten nicht nur mit den verbrieften Interessen, die aus den Geheimabkommen mit den Westalliierten erwuchsen, sondern trafen auch auf den schärfsten Widerstand des deutschen und ungarischen Teils, die sich gegen jede Maßnahme stellten, welche eine Schmälerung ihrer vorteilhaften und privilegierten Stellung innerhalb der Monarchie bedeuteten. Eine entscheidende Rolle in diesem Sinne übernahmen gerade die Studenten, deren Streben nach Autonomie und nach einer Trennung von der tschechischen Seite in Böhmen Hand in Hand ging mit der Absicht, das eigene Führertum in der westlichen Hälfte des Reiches (Cisleithanien) zu bewahren. In diesem Sinne ermunterten sie zunehmend die österreichisch-deutsche Zusammenarbeit auf der Basis der neuen mitteleuropäischen Pläne:

„Insgesamt läßt sich sagen“, betont P. Kluge, „daß in einem gewissen Grade die Berliner Anschauungen hierüber konform gingen mit denen der meisten Sprecher des deutschen Bevölkerungsanteils Österreichs, insbesondere den böhmischen Stimmen um Franz Jesser und Ullmann, die nämlich den eindeutigen deutschen Charakter Österreichs erhalten wollten und gerade zur Stärkung des österreichischen Deutschtums eine reichsdeutsche Mitteleuropapolitik bejahten<sup>18</sup>.“

L. Valiani bemerkt seinerseits, daß „... fast alle deutschen Politiker Österreichs schärfstens gegen alle autonomistischen Reformen waren, die den Tschechen Vorteile bringen konnten, auch unabhängig von ihrer Solidarität mit Deutschland oder unabhängig von der Angst, die dieses ihnen einflöste“<sup>19</sup>.

So hatte man in der Versammlung der deutschen Vertreter bei den Volkskammern Böhmens, Galiziens, Wiens, Niederösterreichs, der Steiermark, Krains, Tirols, Triests und des Küstenlandes, die am 25. und 26. Mai in Wien stattgefunden hatte, die Notwendigkeit betont, die Autorität und Einheit des Staates mittels der Einführung der deutschen Sprache als Amtssprache zu festigen, eine immer größere Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich zu entwickeln und den Forderungen der Slawen zu widerstehen. Gleichzeitig unterschrieb Kaiser Karl jenes dreifache ökonomisch-militärisch-politische Abkommen, das die Satellitenstellung Österreich-Ungarns in bezug auf Deutschland besiegelte.

Aber nach dem Mißerfolg der von Ludendorff an der Westfront im Frühjahr 1918 gestarteten Offensive war das Schicksal der Mächte der Mitte schon vorge-

<sup>18</sup> Kluge, P.: Deutschland und seine Mitteleuropapolitik. *BohJb* 6 (1965) 380.

<sup>19</sup> Valiani 297. In der Folgezeit wird ihre Haltung das Manifest des Kaisers vom 16. Oktober bestimmend beeinflussen und den Hauptgrund für seinen Fehlschlag darstellen. Das Manifest übernahm nämlich, nach langen und aufreibenden Beratungen, das von den Deutschen verteidigte Prinzip einer Föderation auf der Grundlage der ethnischen und nicht der historischen Grenzen; eine Lösung, die die Spaltung Böhmens mit sich gebracht hätte und deshalb von den Tschechen, wie man wußte, niemals und unter keinen Umständen angenommen worden wäre. Vgl. Rumpfer, H.: Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918. München 1966.

zeichnet. Während die intensive Arbeit, die von den Exponenten der tschechischen nationalen Bewegung seit Beginn des Krieges bei den Mächten der Entente entfaltet worden war, vom Gang der Ereignisse unterstützt nun im Ausland ihr Ziel erreichte, nämlich den Gedanken der Zerstörung Österreich-Ungarns annehmbar zu machen, und während sich in Böhmen selbst am 13. Juli das Tschechische Nationalkomitee (Národní Výbor) bildete, zusammengesetzt aus den tschechischen Vertretern im Wiener Parlament<sup>20</sup>, glaubten die Sudeten unter der Führung der Sozialdemokraten die Zeit gekommen, ihr eigenes Schicksal von dem der anderen Völker der Monarchie zu trennen, indem auch sie an jenes Recht auf Selbstbestimmung appellierten, das Wilson in seiner Botschaft an den amerikanischen Kongreß vom Januar so feierlich verkündet hatte.

Wie ich früher zu zeigen versucht habe, konnte dieses Recht aber nicht aus dem gesamten demokratischen Kontext, in den es sich einfügte, herausgenommen werden. Deshalb möchte ich nun als zentralen Punkt herausstellen, daß der tiefe reformerische Wert der Ideale Wilsons und der ideologische Zuschnitt, den er dem Krieg gegeben hatte, aus ihrer Natur heraus nicht zur Verteidigung der Rechte der Sudeten angewandt werden konnten. Der grundlegende Fehler, der von den deutschböhmisches politischen Exponenten gemacht wurde, bestand gerade darin, daß sie den „historischen Augenblick“ nicht verstanden, daß sie die Konsequenzen aus der Niederlage der Kaiserreiche und im besonderen aus der Niederlage jenes deutschen Nationalismus, auf den sie vorher weitgehend vertraut hatten, um ihre privilegierte Situation im Habsburg-Staat zu erhalten, nicht ziehen konnten oder nicht ziehen wollten. Dazu hatten sie geglaubt, den alten Weg eines Großdeutschland aufgrund eines Rechtes beschreiten zu können, das sich eben gerade im Kampf gegen den deutschen Imperialismus erst gezeigt hatte. Mit der Wiederbelebung dieser Tendenz hatten sie die Angst der Tschechen vor dem Pangermanismus und ihre Forderung nach sicheren Grenzen neuerdings legitimiert. Denn die Völker, die in diesem historischen Augenblick aufstanden, waren vor allem die Slawen der Donaumonarchie. Sie waren es, die mit dem Krieg und von ihm die Anerkennung ihrer nationalen Individualität erhielten, sie waren es, die den Zyklus ihres geschichtlichen Risorgimento erfüllten, und nicht das deutsche Volk, das seine Einheit und Unabhängigkeit schon im vorigen Jahrhundert erlangt hatte und nun dem imperialistischen Umschwung zum Opfer gefallen war, der seine weitere politische Entwicklung bestimmen sollte.

So hätten die Sudeten, die sicherlich nicht als unterdrücktes Volk gelten konnten, wenn man von Kleinigkeiten absieht, sondern die vielmehr die zähesten Verfechter einer deutschen Hegemonie in Ost-Mittel-Europa waren (ein Wunsch, welcher durch den Krieg entschieden verunmöglicht wurde), sich niemals jene besondere Aufmerksamkeit des Präsidenten Wilson erwarten dürfen, auf die sie

<sup>20</sup> „Das Programm des Nationalausschusses verlangte eindeutig die Schaffung eines selbständigen und unabhängigen tschechoslowakischen Staates und die tschechischen Politiker lehnten jedwede Verhandlungen über einen Kompromiß mit der österreichischen Regierung ab.“ Pichlik, K.: Die tschechoslowakische Nationalbewegung während des ersten Weltkrieges und die Entstehung der Tschechoslowakei. Prag 1968, S. 91 (Acta Universitatis Carolinae, Philosophica et Historica 2—3).

dann trotzdem all ihre Hoffnungen stützten, indem sie die Tragweite seiner politischen Ideologie auf die Behauptung des Rechts auf Selbstbestimmung allein einschränkten.

Der wilsonsche Ansatz entsprach jedoch viel eher der Ausrichtung, die Tomáš Masaryk vom Beginn des Krieges an dem tschechischen nationalen Befreiungskampf gegeben hatte. Er hatte vom Austroslawismus palackyanischer Prägung und von all den Widersprüchen und Beschränkungen, die dieser für die tschechische Politik mit sich gebracht hatte<sup>21</sup>, Abstand genommen und den Augenblick für reif gehalten, die Interessen der tschechischen Nation von denen der habsburgischen Krone zu trennen und den Fortschritt sowie die Emanzipation seines Volkes auf die Bekräftigung der Ideale von Freiheit und Demokratie zu gründen, die er in den Mächten der Entente verkörpert sah. Masaryk hatte nämlich feststellen müssen, daß „... der gemeinsame Staat, der allmählich die rein koordinierende Funktion eines Super-Staates erhalten hatte, plötzlich die aktiven Funktionen der sich bildenden National-Staaten wieder an sich gerissen hatte, wobei er der Geschichte und dem Fortschritt des Rechts Gewalt antat“. Den Völkern, die ihn bis dahin hatten retten wollen, blieb nichts anderes, als „mit einem Akt des politischen Willens die rechtliche Gestalt ihres territorial noch nicht definierten Einzelstaates zu bestimmen, um das Recht zu haben, vom eigenen Schicksal frei und nach Gewissen Gebrauch zu machen“<sup>22</sup>. Überzeugt davon, daß „... der nationale Kampf schließlich revolutionäre Charakterzüge annehmen würde und

<sup>21</sup> Angesichts der Gefahr des deutsch-liberalen Universalismus und des zaristischen Autokratismus hatte František Palacký, der als erster Tscheche eine präzise nationale Politik entwickelt hatte, seine ganze Aktivität auf der Überzeugung aufgebaut, nur innerhalb eines starken habsburgischen Kaiserreiches, das seinen verschiedenen nationalen Teilen gleiche Rechte mittels einer Umwandlung in demokratischem und föderativem Sinne zuerkennen hätte, sei die volle Entfaltung der wirtschaftlich-sozialen und intellektuellen Möglichkeiten der tschechischen Nation und der anderen slawischen Völker der Monarchie gewährleistet. Diese Auffassung, die unter dem Namen Austroslawismus bekannt ist, hatte aber die tschechische nationale Bewegung schon seit der Zeit der großen revolutionären Bewegungen von 1848 in eine einigermaßen widersprüchliche Lage gebracht. Wenn sie einerseits Österreich notgedrungen erhalten wollte, was Palacký in die Nähe der konservativsten und reaktionärsten Kreise gebracht hatte, so ging sie doch andererseits von der effektiven Notwendigkeit einer Demokratisierung aus, was ja die unerläßliche Voraussetzung für eine Föderalisierung der Monarchie war. Aus diesem letzten Grund hätte sich die tschechische Bewegung mit den liberalen und revolutionären Kräften verbinden müssen, die aber ihrerseits die Zerstörung Österreichs selbst zum Ziel hatten. Und wenn darüberhinaus der Austroslawismus in der Absicht, dem tschechischen Volk den notwendigen Raum für eine autonome Entwicklung zu sichern, sich einerseits auf „das böhmische Staatsrecht berief, das die Einheit der drei Länder der böhmischen Krone, das heißt Böhmen, Mähren und Österreich-Schlesien mit folgender Einbeziehung der deutschen Komponente, wie auch ihre Autonomie der habsburgischen Dynastie gegenüber voraussetzte, so sprach er doch dem eigenen Volk ein Recht auf Selbstbestimmung zu, das den anderen nicht verweigert werden konnte, in diesem Fall den Deutschböhmern. Dieser letzte Widerspruch blieb in der nationalen tschechischen Bewegung auch noch unter Masaryk bestehen, aber die geänderten geschichtlichen und politischen Umstände infolge des Kriegsausbruchs machten ihn weniger auffällig und weniger bedeutsam.

<sup>22</sup> Stuparich, G.: *La nazione ceca*. Mailand 1969, S. 180—181.

daß er mit Entschiedenheit geführt werden mußte“<sup>23</sup>, hatte er sich schon seit der ersten Monate des Krieges zur Emigration entschlossen<sup>24</sup>. Wenige waren es gewesen, um die Wahrheit zu sagen, die sich in jenem Augenblick entschieden hatten, mit ihm von außen her zu wirken, um die Idee der Unabhängigkeit der tschechischen Nation voranzubringen. Sie waren jedoch äußerst entschlossen und aktiv in der Verfolgung ihres Kampfzieles, während die Ereignisse mehr und mehr jene Perspektive bestätigten, die am Anfang als ein Sprung ins Dunkel hätte erscheinen können. Den rassistischen und imperialistischen Inhalten, die in den verschiedenen Vorstellungen eines Mitteleuropa beheimatet waren und die in der deutschen Welt ein breites Echo fanden, hatte Masaryk schon seit dem Herbst 1916 in der Zeitschrift „The New Europe“, die er zusammen mit seinen englischen Freunden Henry W. Steed und R. W. Seton-Watson gegründet hatte, das Bild eines von Liberalismus und Demokratie bestimmten Europa entgegengestellt, gegründet auf dem Recht auf Selbstbestimmung aller Völker und auf den Rechten der Minderheiten, befreit von der deutschen und zaristischen Übermacht und organisiert in einer übernationalen Gemeinschaft. Diese Vorstellungen hatte er dann später neu geordnet in sein Buch „The New Europe. The Slave Standpoint“ aufgenommen, das eben im Januar 1918 erschienen war, gleichsam als Ergänzung und Spezifizierung jener demokratischen Inhalte, von denen die Erklärungen Wilsons durchzogen waren. Abgesehen von der wachsenden Anteilnahme, die der tschechischen Frage aufgrund politischer Umstände zuteil wurde, kann man die klare Analogie zwischen den von Wilson verfolgten und den von Masaryk ausgedrückten Idealen keineswegs leugnen. Letzterer hatte dann in seiner Washingtoner Erklärung vom 18. Oktober 1918 die geistigen Fundamente für das künftige politische Leben des neuen tschecho-slowakischen Staates<sup>25</sup> vorgestellt. Er betonte, daß dieser sich die Ideale der modernen Demokratie zu eigen machen werde und sich vor allem am Modell der amerikanischen Demokratie inspirieren werde. Während er sich einerseits auf Komenský<sup>26</sup> und auf die kulturelle und spirituelle Tradition der Böhmisches Brüder<sup>27</sup> berief, knüpfte er an

<sup>23</sup> Valiani 163.

<sup>24</sup> Es muß hier angemerkt werden, daß Masaryk bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten dem Austroslawismus treu geblieben war. A. Tamborra berichtet, wie der tschechische Führer „... 1913 ungeachtet des für viele offensichtlichen Auseinanderbrechens zwischen der österreichisch-ungarischen Regierung und den ihr unterworfenen Nationalitäten noch fest an der Idee einer habsburgischen Föderation festhielt, wenn er Seton Watson gegenüber gesagt hatte, daß er an die Sendung Österreichs glaube und „an eine große Zukunft der Slawen unter dem Zepter des Hauses Habsburg“ (Tamborra, A.: Masaryk e Beneš. In: Questioni di storia contemporanea. Hrsg. von E. Rota. Bd. 3. Mailand 1953, S. 805).

<sup>25</sup> Diese Schreibweise mit dem Bindestrich zwischen den zwei Bezeichnungen ist die korrekteste, weil sie in den Texten der Friedensverträge so verwendet wird und weil sie in klarer und exakter Weise die nationale Verschiedenheit zwischen Tschechen und Slowaken angibt.

<sup>26</sup> Jan Amos Komenský (Comenius), 1592—1670, Bischof und Prediger der Böhmisches Brüder. Seine besonders der Pädagogik zugewandten Überlegungen sind von einem lebendigen humanitären und evangelischen Geist gekennzeichnet.

<sup>27</sup> Die Böhmisches Brüdergemeinde, die 1457 entstand, stellte bis ins 20. Jahrhundert die

dererseits an die in der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung ausgesprochenen Ideale an, an die Grundsätze Lincolns und an die Erklärung der Menschenrechte der Französischen Revolution. Unter anderem drückte er sich wie folgt aus: „Die Demokratie hat die theokratische Autokratie besiegt, der Militarismus bricht zusammen, die Demokratie hat triumphiert. Die Menschheit wird auf dem Boden der Demokratie neu geordnet werden. Die Mächte der Finsternis haben dem Triumph des Lichts gedient, — die Menschheit, die lange auf das Licht gewartet hat, sieht es nun aufgehen. Wir glauben an die Demokratie, wir glauben an die Freiheit, an eine immer größere Freiheit . . .“<sup>28</sup> Dieses Denken befand sich also durchwegs in Einklang mit dem Geist Wilsons.

Mit diesen ideologischen Voraussetzungen entsteht am 28. Oktober 1918 der neue tschecho-slowakische Staat. Seine Proklamation ist die Folge sowohl des Manifests des Kaisers, der, wie wir gesehen haben, das grundsätzliche Beharren der Tschechen auf dem böhmischen Staatsrecht nicht akzeptierte, wie auch der Antwort Wilsons vom 18. Oktober auf den Vorschlag Österreich-Ungarns, über den Frieden auf der Basis der Vierzehn Punkte zu verhandeln. Darin hatte der amerikanische Präsident erklärt, daß er die Gewährung der Autonomie an die der habsburgischen Krone unterworfenen Völker nicht mehr für ausreichend halte und hatte ihre vollkommene Unabhängigkeit verlangt.

Das Grundproblem, das sich nun stellte, war die Ziehung der Grenzen des neuen Staates. Äußerst heftig entzündeten sich daran der Kontrast zwischen Tschechen und Sudeten in den Monaten des Jahreswechsels 1918/19.

Unter den Sudeten hatten mittlerweile die Sozialdemokraten sehr großen Einfluß erlangt und führten nun praktisch den Kampf für die Selbstbestimmung der Deutschen in der Monarchie an. Nachdem der Austromarxismus gescheitert war, nämlich der Versuch, die sozialistische Bewegung in die plurinationale Struktur des Habsburg-Staates zu integrieren und diesen als idealen Rahmen zu verwenden, um den proletarischen Internationalismus voranzutreiben und um so im Geist proletarischer Solidarität die nationalen Fragen zu lösen, hatte sich die österreichische Sozialdemokratie am Ende des alten und zu Beginn des neuen Jahrhunderts in einen tschechischen und einen deutschen Teil gespalten. Sie hatte so die nationalen Spannungen, die den jeweiligen bürgerlichen Parteien eigen waren, übernommen. Sie hatte sich selbst unfähig gezeigt, ein dynamischer Faktor in bezug auf eine demokratische und föderative Veränderung des Habsburg-Staates zu werden. In der Tat hatten die tschechische und die deutsche Sozialistische Partei, die im nationalen Kampf Hand in Hand gegangen waren, sehr bald den demokratischen und volkstümlichen Deckmantel dafür abgegeben und somit eine wesentlich mißverständliche Stellung eingenommen. Dies war besonders deutlich im Fall der deutschösterreichischen Sozialdemokraten, deren Betonung der nationalen Autonomie aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes sie in dem

---

am meisten volkstümliche und demokratische Strömung der Bewegung der Hussiten dar, dort, wo die religiösen Neuerungsbestrebungen mit einer allgemeineren Forderung nach sozialer Erneuerung verbunden waren. Masaryk selbst war Mitglied.

<sup>28</sup> Zitiert in: O p o ě n s k ý, J.: La fin de l'Autriche et la genèse de l'état tchécoslovaque. Prag 1928, S. 51—52.

Augenblick, als es sich in dem Ansuchen um Annexion an Deutschland konkretisierte, dazu brachte, den alten und gefährlichen Weg jenes Pangermanismus einzuschlagen, der eben aus dem Krieg besiegt hervorgegangen war. Dieses Verhalten entsprang jetzt sicher anderen Motivationen und war von der Hoffnung geboren, ein sozialistisches und revolutionäres Großdeutschland schaffen zu können. Aber in der unmittelbaren Nachkriegszeit mußte dieses Bestreben den westlichen Mächten umso verdächtiger scheinen, als diese in besonderer Weise das Sich-Ausbreiten der sowjetischen Revolution auf dem europäischen Kontinent fürchteten. Andererseits kam diese Lösung auch weitgehend den Interessen und traditionellen Erfordernissen des großen deutschen Kapitals entgegen.

Gerade wegen der äußersten Übereinstimmung, die sich im Augenblick der Auflösung der Donaumonarchie zwischen der sozialistischen Politik und der Politik der bürgerlichen Parteien umfassend einstellte, waren die Sudeten und die Deutschösterreicher insgesamt in der Lage, in diesen entscheidenden Monaten eine einheitliche Front in der Bekräftigung und Verteidigung der eigenen Interessen zu errichten. So fand die Erklärung der sozialdemokratischen Abgeordneten vom 4. Oktober 1918 sofort die Zustimmung aller deutschen Parteien und ihrer politischen Vertreter, welche auch am 10. Oktober mitunterzeichneten. In der Erklärung wird unter anderem betont: „Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden, wir lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutschösterreichischen Staate vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reiche nach seinem eigenen Bedürfnis regeln soll<sup>29</sup>.“

Als Folge des kaiserlichen Manifests beschlossen die deutschen Vertreter aller österreichischen Provinzen, sich am 21. Oktober als vorläufige Nationalversammlung des neuen Staates Deutschösterreich, der alle deutschen Volksgruppen der Habsburg-Monarchie vereinigen sollte, zu konstituieren. Sie nahmen das sozialistische Dokument vom 4. Oktober als Programm an. Die grundlegende Aufgabe und das erste Ziel dieser Initiative war vor allem, die Eingliederung des Sudetenlandes in den neuen tschecho-slowakischen Staat zu verhindern. Die Sitzung wurde auf den 4. November vertagt, aber die Ausrufung der tschecho-slowakischen Republik am 28. Oktober ließ die Ereignisse sich überstürzen und zwang die verschiedenen deutschen Volksteile Böhmens, sich sofort zugunsten einer Annexion an den neuen deutschösterreichischen Staat auszusprechen. Die Weigerung Kaiser Karls, die Leitung dieses neuen Staates zu übernehmen, führte die Deutschösterreicher dazu, am 12. November 1918 Deutschösterreich auszurufen „als Bestandteil der Deutschen Republik“.

Aber welcher Erfolg war dieser Entscheidung und der damit gegebenen politischen Linie in der internationalen Situation des Augenblicks überhaupt beschieden?

---

<sup>29</sup> Epstein, L.: Studienausgabe der Verfassungsgesetze der tschechoslowakischen Republik. Reichenberg 1923, S. 52.

Wir haben schon gesehen, inwieweit die Hoffnungen, die auf die Vierzehn Punkte Wilsons setzten, in Wirklichkeit unbegründet waren. Die Tschechen hatten ihrerseits den nationalen Kampf immer schon gleichzeitig mit der Behauptung verfochten, es sei notwendig, die geschichtliche Einheit der drei Länder der böhmischen Krone zu erhalten.

Der Umstand aber, daß die Schaffung der Tschecho-Slowakei als eine Schranke im Angesicht des deutschen Expansionismus gegen den mittleren Osten und als Gegensatz zu den verschiedenen Projekten eines Mitteleuropa gesehen wurde, dies war vor allem Masaryks These<sup>30</sup>; oder aber daß sie als stabilisierendes Element in einem Ost-Mittel-Europa verstanden wurde, das von der bolschewistischen Ansteckung bedroht war, eine These, die Beneš bevorzugte, verlangte immerhin, daß sie mit eigener wirtschaftlicher Autonomie und mit beachtlichem territorialem Ausmaß entstand.

Die große Zahl von Freundschaften, die sich die tschedischen Exponenten im Exil mit ihrer intensiven diplomatischen und politischen Tätigkeit erwerben konnten, weiters die militärische Anwesenheit der Tschechen auf den Kriegsschauplätzen und besonders der ruhmreiche Einsatz der tschedischen Legionen in Rußland sowie die unmittelbare Anerkennung, die der provisorischen tschecho-slowakischen Regierung von Paris im Oktober 1919 von seiten der Westmächte ausgesprochen wurde, wie auch die schon erwähnten ideologischen Inhalte, die Masaryk dem neuen Staat gegeben hatte, verliehen den tschedischen Politikern ein Prestige und eine Autorität, die kein anderer Exponent der Donaumonarchie in jenem Augenblick besaß; dies gilt nicht nur für den deutschen Teil, sondern auch für die anderen nationalen Gruppen. So scheint mir eine Zustimmung für einen tschecho-slowakischen Staat in dieser Situation auf politischer Ebene bereits eine wesentliche Übereinstimmung bezüglich der tschedischen Gebietsforderungen einzuschließen, auch wenn diese in Wirklichkeit auf verschiedenen und widersprüchlichen Grundsätzen fußten (historische Grenzen in Böhmen und natürliche Grenzen in der Slowakei). Dies wird von anderer Seite durch die beschränkte Aufmerksamkeit bestätigt, die die Alliierten den sudetischen Protesten und Vorschlägen schenkten, sowohl während der Besetzung deutscher Gebiete durch tschedische Truppen, wie auch während der Friedenskonferenz von Paris.

In Amerika konnte sich die Sache der Tschechen wachsender Gunst erfreuen, sei es von seiten der öffentlichen Meinung, sei es bei Präsident Wilson selbst. Eine bedeutende Bestätigung dafür war mit der Anerkennung des tschecho-slowakischen Nationalrates als De-facto-Regierung am 3. September 1918 gegeben. Dazu hatten weitgehend die Operationen der tschedischen Legionen in Rußland (*družiny*) beigetragen, die sich zu Beginn des Krieges gebildet hatten, um von dieser Front aus gegen die Kaiserreiche der Mitte zu kämpfen, die aber anschließend ihre

---

<sup>30</sup> Besonders aufschlußreich zu diesem Punkt ist der Artikel „Das künftige Böhmen“, den Masaryk in der Folge 19 vom 22. Februar 1917 in der Zeitschrift „The New Europe“ veröffentlichte und der vollinhaltlich in dem Buch von Beneš: *La Boemia contro l'Austria-Ungheria*. Rom 1917 wiedergegeben ist.

Waffen gegen die bolschewistische Revolution gekehrt hatten und so den ersten Kern der westlichen konterrevolutionären Kräfte gebildet hatten. Über den Einsatz dieser Truppen waren die Ansichten von Masaryk und Wilson anfänglich auseinandergelassen: ersterer wollte sie an die französische Front verlegen und verlangte dafür amerikanische Hilfe, Wilson jedoch hielt den Einsatz in Rußland für günstiger. Schließlich teilte auch Masaryk diesen Standpunkt angesichts der Volkstümlichkeit, die diese Truppen in der amerikanischen öffentlichen Meinung<sup>31</sup> erlangt hatten und angesichts des Interesses, das die amerikanische Regierung ihnen gegenüber zeigte<sup>32</sup>. Masaryk versuchte also, diese Situation als Druckmittel auszunützen, um seine eigenen Forderungen durchzusetzen. Denn der amerikanische Präsident war lange Zeit der Idee verhaftet geblieben, die Donaunomonarchie müsse am Leben erhalten bleiben, wenn er auch eine Verfassungsreform im föderalistischen Sinne für unumgänglich hielt. Erst gegen Ende Juni 1918 hatte er, gezwungen von der Taubheit, welche die österreichisch-ungarischen Verantwortlichen seinen Vorschlägen gegenüber an den Tag gelegt hatten, und geleitet vom Umschwung, den die Ereignisse genommen hatten (deutsche Offensive in Frankreich, Kongreß von Rom<sup>33</sup>, geänderte Haltung der Entente gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen der slawischen Völker), den Staatssekretär Lansing, der schon seit geraumer Zeit der Auflösung des Habsburg-Reiches günstig war, schließlich ermächtigt zu erklären, daß „die von den Vereinigten Staaten mittlerweile eingenommene Haltung verlangte, daß alle Zweige der slawischen Rasse vollständig von deutscher und österreichischer Herrschaft befreit werden müssen“<sup>34</sup>. Aber auch nach dieser radikalen Änderung seiner politischen Linie hatte sich Wilson nicht besonders gewillt gezeigt, zugunsten der nationalen tschecho-slowakischen Befreiungsbewegung offizielle Verpflichtungen zu übernehmen<sup>35</sup>. In diesem Sinn war also die antisowjetische Entscheidung

<sup>31</sup> „... die mittlerweile Abneigungen gegen die Russen empfand, sei es wegen ihrer Revolution der Klassen, sei es wegen des Friedens, den sie mit Deutschland geschlossen hatten.“ Valiani 398.

<sup>32</sup> Von den Anglo-Franzosen aufgefordert, die konterrevolutionären Kräfte in Rußland zu unterstützen, sahen die amerikanischen Verantwortlichen in der Hilfeleistung an die tschechischen Abteilungen die günstige Möglichkeit „... wenigstens dem Schein nach nicht als Imperialisten einzugreifen, sondern als Unterstützer einer revolutionären demokratischen Bewegung, was die tschechische Legion zu sein vorgab“. Valiani 398—399.

<sup>33</sup> Vom 8. bis zum 10. April 1918 hatte in Rom eine große Kundgebung der Österreich-Ungarn unterworfenen Völker stattgefunden, mit der Absicht, die volle Anerkennung ihres Rechts auf Unabhängigkeit zu erlangen.

<sup>34</sup> Zitiert in: Valiani 399.

<sup>35</sup> Dabei hatten die in amerikanischen politischen Kreisen vorhandenen philo-magyarischen Strömungen eine bedeutende Rolle gespielt, auch die besondere Achtung, die der Präsident vor dem magyarischen Volk und seinen Unabhängigkeitsbestrebungen besaß. In Amerika lebte noch das Echo der Begeisterung fort, die die Gestalt eines Lajos Kosuth und die ungarische Revolution von 1848/49 mit ihren liberalen und demokratischen Inhalten insgesamt hervorgerufen hatte. So hatte man in der Erklärung vom 28. Juni 1918, in der man die Notwendigkeit betonte, daß alle Angehörigen der slawischen Rasse vom österreichischen Joch gänzlich befreit würden, absichtlich die Bezeichnung „österreich-ungarisch“ vermieden. Des weiteren befürchtete man, mit der offiziellen An-

der tschechischen Legionen und ihre siegreiche Aktion in Sibirien ausschlaggebend gewesen.

Aber jenseits der Erfolge der tschechischen Befreiungsbewegung muß die Antwort des Präsidenten Wilson an die österreichische Regierung vom 18. Oktober als bezeichnend für den Geist, der mittlerweile die amerikanische Politik allgemein beseelte, angesehen werden. Darin hatte er den der Habsburg-Monarchie unterworfenen Völkern zuerkannt:

„... that they, and not he, shall be judges of what action on the part of the Austro-Hungarian government will satisfy their aspirations and their conception of their rights and destiny as members of the family of nations“<sup>36</sup>.

Auf diese Weise hatte Wilson ihr Beharren auf nationaler Unabhängigkeit voll aufgenommen und den ersten Autonomie-Entwurf, wie er vom Punkt 10 vorgesehen war, endgültig fallengelassen. Damit hatte er eine Haltung eindeutiger Bevorzugung ihnen gegenüber eingenommen.

Was die Regierung Großbritanniens betrifft, so hatte sie, nachdem alle Versuche eines separaten Friedens mit Österreich-Ungarn, ein Ziel, das sie mit Zähigkeit bis Anfang April 1918 verfolgt hatte, gescheitert waren<sup>37</sup>, seit dem Römischen Kongreß eine zunehmend wohlwollendere Haltung den Slawen der Monarchie und ihrer Sache gegenüber eingenommen, ja sie hatte ihr Recht auf Unabhängigkeit mittlerweile anerkannt. So war sie am 9. August, noch bevor Wilson sich entschlossen hatte, zur Anerkennung des tschecho-slowakischen Nationalrates geschritten. Der englische Außenminister Lord Balfour hatte in seinem Memorandum über die Tschecho-Slowakei vom 18. Oktober 1918 unter anderem geschrieben:

„It seems, and perhaps is, absurd to redraw the Bohemian frontier so as to leave in German hands the whole mountain chain which guard the country from invasion.“

Auch wenn er sofort darauf eingeräumt hatte, daß so:

„... there will be in the new Czecho-Slovak State a German element amounting to not less than one-quarter of the whole population, compactly situated, bitterly hostile to their Slav neighbours, and in sympathy with the Saxons,

---

erkennung der tschechischen Bewegung der nationalen Befreiungsbewegung der Irländer und Inder einen neuerlichen Impuls zu geben und somit England keinen Gefallen zu tun.

<sup>36</sup> Zitiert in: M a m a t e y 334; Text in: United States of America, Department of State, Papers Relating to the Foreign Relations of United States (im folgenden FRUS), 1918, Supplement I, The World War. 2 Bde. Washington 1933, hier Bd. 1, S. 368 (Lansing to Ekengren, Oct. 19, 1918).

<sup>37</sup> Die Strategie der ‚balance of power‘, die bis zum Zweiten Weltkrieg das inspirative Grundkriterium der englischen Außenpolitik blieb, hatte dem habsburgischen Imperium immer eine grundlegende Rolle in der Erhaltung des Gleichgewichts in Europa zugeteilt. Diese Funktion war gewachsen infolge der Schwächung des zaristischen Rußland und infolge des wachsenden pangermanistischen Druckes. Erstes Ziel der diplomatischen Tätigkeit der englischen Verantwortlichen war es also bis dahin gewesen, Österreich vom beherrschenden Einfluß Deutschlands loszureißen und es dazu zu bringen, sich mittels einer föderalistischen Umstrukturierung zu erneuern.

Bavarians and German-Austrians dwelling beyond their border, and with the German capitalists and germanized nobles within them<sup>38</sup>.“

Obgleich also weder von amerikanischer noch von englischer Seite offiziell genaue Stellungnahmen bezüglich des Problems der tschecho-slowakischen Grenzen bezogen wurden, so gab es immerhin eine ganze Reihe von nicht weniger wichtigen Indizien zugunsten einer Lösung im Sinne der tschechischen Wünsche. Eine offizielle Bestätigung in diesem Sinne war auch von einer der Siegermächte gekommen. In der Erklärung vom 29. Juni 1918, in der Frankreich den tschecho-slowakischen Nationalrat anerkannt hatte, hatte es ausdrücklich seine volle Unterstützung der tschechischen Forderungen nach geschichtlichen Grenzen kundgetan:

„True to the principle of nationality and of liberation of oppressed peoples, the Government of the Republic considers as just and well-founded the claims of the Czech nation and at the proper time will endeavor with all its means to secure your aspirations to independence within the historic boundaries of your provinces finally liberated from the oppressive yoke of Austria and Hungary<sup>39</sup>.“

Diese Haltung entsprang offensichtlich aus den direkten Interessen, die Frankreich an der Bereinigung der territorialen Fragen mit Deutschland hatte und aus den Erfordernissen an Sicherheit, die in jenem Augenblick in seiner Politik im Vordergrund standen. Seine Strategie einer Neuabgrenzung Deutschlands brachte es notwendigerweise dazu, die italienischen Forderungen bezüglich Südtirols und die tschechischen bezüglich der Sudeten zu begünstigen. Und während die Italiener einerseits diese letzten Forderungen unterstützten, so stellten sie sich entschieden gegen das tschechische Projekt einer territorialen Verbindung zu Jugoslawien<sup>40</sup>.

---

<sup>38</sup> Zitiert in: Nelson, H.: Land and Power. British and Allied Policy on Germany's Frontiers. 1916—1919. London 1963, S. 65; Text in: Foster Papers, ‚Czechoslovak‘, A. J. B., October 18, 1918. Es bleibt anzumerken, daß in der Sitzung des Imperial War Cabinet vom 13. August Lord Balfour angesichts der Schwierigkeiten, die Grenzen in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung zu ziehen oder dort, wo Unterschiede zwischen den ethnischen und natürlichen Linien bestanden, sich folgendermaßen ausgedrückt hat: „I think myself that in some cases we shall have to throw ethnology to the winds, and take a well-defined mountain range or a big river as a boundary where purely ethnological divisions might suggest some modifications of the natural divisions.“ Zitiert in: Nelson 44; Text in: Borden Papers.

<sup>39</sup> Zitiert in: Perman 37; Text in: Ministerstvo zahraničních věcí. Archiv diplomatických dokumentů československých. Bd. 1. Prag 1927 (Pichon an Beneš, 30. Juni 1918).

<sup>40</sup> Diese hätte sich zwischen Österreich und Ungarn (im Burgenland) einschieben sollen mit dem Zweck, die Beziehungen mit den Südslawen zu erleichtern und so die geschichtliche Barriere Ungarn zu überwinden. Aber dieses Projekt konnte Italien nicht gelegen kommen, dessen anti-jugoslawische Politik es dazu brachte, die Präsenz eines starken ungarischen Staates zu begünstigen. Man glaubte dazu, daß diese Verbindung sich negativ auf die italienische Stellung im Adriatischen Meer auswirken und so die dort erst eben erlangte Vormachtstellung in Frage stellen könnte. Die besondere Bedeutung, die man von tschechischer Seite der Bahnlinie Bratislava - Triest zumaß, erregte in Italien die Furcht, daß durch die Einrichtung eines Korridors zwischen Slowakei und Slowenien Triest vollständig in die wirtschaftliche und kommerzielle Einflußsphäre der Slawen gelangen würde und man ganz allgemein einem slawischen Eindringen im Mittelmeer freie Bahn gegeben hätte.

Sicherlich hatte man behauptet, daß dieser Friede weder Sieger noch Besiegte haben durfte, man hatte den Krieg als Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen Unterdrückung und Freiheit, zwischen Recht und Gewalt idealisiert; er hätte den Triumph der Gerechtigkeit bescheren sollen.

Aber in Wirklichkeit ist kein Bereich von solchen Abstraktionen so weit entfernt wie der diplomatische. Überdies besaß sogar das Recht auf Selbstbestimmung nicht einmal für Wilson, wie wir gesehen haben, den Charakter eines absoluten Prinzips, dem man jede Entscheidung der internationalen Politik zu unterwerfen hätte. Auch konnte es diesen Charakter gar nicht besitzen, insofern damit die gesamte politische Welt-Regelung hätte überprüft werden müssen, sei es von seiten der Siegermächte, sei es von seiten der Besiegten: ein illusorisches Unterfangen. Das Problem bestand vielmehr darin, ein gewisses Kräfte-Gleichgewicht zu schaffen und den neuen Staaten, die auf den Ruinen der Donaumonarchie entstanden, eine autonome Rolle zuzuteilen.

In diesem Zusammenhang war es ebensowenig realistisch anzunehmen, gerade im Gefolge einer so außerordentlichen Niederlage, wie es die der Mächte der Mitte war und die eine klare Verurteilung all jener vor und während des Krieges in der deutschen Welt mächtig geförderten pangermanistischen Ideen bedeutete, das deutsche Element könnte seine größte Einheit und Kohäsion mit der Schaffung eines Großdeutschland als des Zusammenschlusses aller Völker deutscher Sprache finden.

Im Lichte dieser Situation scheint die Haltung der politischen Kreise in Berlin den Annexionsforderungen der Sudeten gegenüber eher der politischen Wirklichkeit des Augenblicks Rechnung zu tragen. Diese Kreise waren nämlich einem direkten Übereinkommen der Beteiligten günstig gesonnen, wobei sie die Bereitschaft der Sudeten voraussetzten, sich am neuen tschecho-slowakischen Staat zu beteiligen. Der entschiedenste Verfechter dieser Lösung war der deutsche Konsul in Prag, Friedrich von Gebattel, der auch von deutsch-böhmischen Wirtschaftskreisen unterstützt wurde, welche die Konkurrenz der stärkeren deutschen Industrie im Falle einer Vereinigung mit Deutschland fürchteten. In einem Bericht an Max von Baden vom 25. Oktober 1918 erklärte von Gebattel: „Wenn sich also die Deutschen mit den Tschechen jetzt an den Verhandlungstisch setzen wollen, so ist dies für sie der günstigste Augenblick, weitgehende Zugeständnisse in jeder Richtung zu erhalten. Allerdings müßten sich die Deutschen dazu verstehen, sofort, also vor den Friedensverhandlungen, die sich ihnen entgegenstreckende Hand zu ergreifen“<sup>41</sup>. Dem deutschen Konsul zufolge hätte die freiwillige Annahme der neuen Situation den Sudeten völlig neue Aussichten eröffnet und ihnen die Möglichkeit verschafft, in der Festlegung aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, die zwischen den zwei ethnischen Gruppen des Gebietes noch offen waren, über das entsprechende Gewicht zu verfügen. Auf diese Weise wäre die gefährliche Möglichkeit von Reibungen zwischen

<sup>41</sup> Zitiert in: G a j a n, K.: Deutschland und die Entstehung der ČSR. In: Mezinárodní konference k 50. výročí Československé Republiky. Prag 1968, S. 10—11; Text in: PA Bonn (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn), Bd. 43, A 46444, Gebattel an Max von Baden, 25. Oktober 1918.

Deutschland und der Tschecho-Slowakei ausgeschaltet und das gute Verhältnis zwischen den beiden Staaten gefördert worden, eine Tatsache, die er von besonderem Vorteil für beide Seiten hielt. Er machte demnach aufmerksam, daß „wir sie [die Tschechen] an ihrer empfindlichsten Stelle treffen würden, wenn wir die Bestrebungen der Deutschböhmen, sich an Deutschland anzuschließen, begünstigen würden“<sup>42</sup>. Daß die Voraussetzungen für ein Abkommen effektiv bestanden, beweist die Tatsache, daß in Wirklichkeit zwischen den beiden Seiten Verhandlungen eröffnet worden waren, die aber an der strikten Weigerung der Sudeten scheiterten, sich als Glieder eines tschecho-slowakischen Staates zu verstehen, und als Sinn der Verhandlungen somit die Festlegung ihrer Stellung innerhalb des Staates zu akzeptieren. Dieses Verhalten beweist nach all dem bisher Gesagten meiner Meinung nach einen großen Mangel an politischer Feinfühligkeit. Sicherlich mögen in dem Klima nationalistischer Spannung, das die tschechische Politik des Augenblicks kennzeichnete, den Sudeten gegenüber wenig schmeichelhafte Behauptungen und Äußerungen sowie ungenaue Bezugnahmen auf die Vergangenheit<sup>43</sup> gemacht worden sein. Andererseits aber kann man nicht leugnen, daß es im Herbst 1918 auch ein echtes tschechisches Interesse gab, mit den Deutschböhmen zu einem direkten Einverständnis zu kommen und daß somit letztere präzise Garantien hätten fordern und für ihre Beteiligung am neuen Staat genaue Bedingungen hätten stellen können<sup>44</sup>. Die Verhandlungen gingen aber so vor sich: „Lodgman<sup>45</sup> war von tschechischer Seite eingeladen. Die tsche-

<sup>42</sup> Zitiert in: G a j a n 11; Text in: PA Bonn, Bd. 43, A 46473, Gebtsattel an Max von Baden, 30. Oktober 1918.

In der Tat war die deutsche Hilfe für die Sache der Sudeten trotz des Druckes, den die politischen Vertreter der Sudeten ausübten, äußerst gering und beschränkt, sei es auf militärischem, sei es auf politischem und ökonomischem Gebiet. Dieser Sachverhalt scheint aber eher die Folge der schwierigen internen und internationalen Lage gewesen zu sein, in der sich Deutschland befand, als die Frucht einer neuen Haltung bezüglich der vorausgegangenen Erfahrungen, die imstande gewesen wäre, den veränderten politischen Umständen Rechnung zu tragen und die Leitsätze der deutschen Politik vollständig zu überprüfen.

<sup>43</sup> Während des Verhandlungsversuchs, der Anfang November stattfand, hätte vor allem der nationalistische tschechische Vertreter Rašín unter anderem zu den sudetischen Abgesandten gesagt: „Mit Rebellen verhandelt man nicht.“ Später bezeichnete Masaryk in seiner ersten Botschaft ans Parlament vom 22. Dezember 1918 die Deutschen Böhmens sehr unglücklich als „Emigranten und Kolonisten“. Es stimmt aber auch, daß er am folgenden Tag im Ministerrat betonte: „Wir müssen uns mit unseren Deutschen freundschaftlich einigen, mit Gewalt wird es nicht gehen.“ (Zitiert in: B r ü g e l, W.: Tschechen und Deutsche. München 1967, S. 45; Text in: M a s a r y k, T. G.: Cesta Demokracie. Bd. 1. Prag 1933, S. 48) Abgesehen von den Aussagen im Geiste nationaler Rhetorik, drückte er sich mehrmals zugunsten einer Zusammenarbeit mit dem deutschen Teil innerhalb eines gemeinsamen progressiven und demokratischen Staates aus.

<sup>44</sup> „Die allgemeine Unsicherheit machte zunächst beide Seiten zu einem solchen Meinungsaustausch bereit, mit verdeckten Karten, da über die Grundfrage des sudetendeutschen Selbstbestimmungsanspruchs einerseits und die tschechische Forderung der ‚historischen Grenzen‘ andererseits keine Einigung zu erzielen war“ (Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Hrsg. von K. B o s l. Bd. 3. Stuttgart 1968, S. 394).

<sup>45</sup> Leader der Deutschen Nationalpartei und in jener Zeit Landeshauptmann der Provinz Deutschböhmen.

chische Absicht war, die Deutschen zur Mitarbeit zu bewegen ... Švehla<sup>46</sup> sagte ihm: ‚Die tschechoslowakische Nation hat eine Revolution durchgeführt. Die Sache ist erledigt. Wir laden Sie zur Mitarbeit ein.‘ Die Debatte dauerte einige Stunden, aber keinen Augenblick ließ Lodgman zu, daß die Sache in dem Sinne erledigt sei, wie sich das die Tschechen vorstellten. Er antwortete, daß erst auf der Friedenskonferenz entschieden werden würde. Inzwischen hätten die Deutschen ebenso ihre eigene Regierung wie Tschechen und mit dem gleichen Recht, nämlich auf Grund ihres Willens ... Das Angebot, daß die Deutschen Vertreter in den Narodní Vybor und dann in die revolutionäre Nationalversammlung entsenden sollten, lehnte Lodgman grundsätzlich ab. Er verlangte, man möge die Regierung von Deutschböhmen anerkennen und mit ihr auf gleichem Fuße verhandeln<sup>47</sup>.“

Hier liegt der springende Punkt, hier bot sich den Sudeten die Möglichkeit, entschieden mit der Vergangenheit und mit dem deutschen Nationalismus zu brechen, um ein bedeutender Faktor des Gleichgewichts im tschecho-slowakischen Staat und ein dynamischer Faktor der Entwicklung des friedlichen Zusammenlebens in Mitteleuropa und besonders zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei zu werden. Man mußte deshalb vor allem das politische Gewicht und die expansive Kraft dieses neuen Staates erkennen, man mußte verstehen, daß dies die neue Wirklichkeit aus dem historischen Augenblick war, mit der man sich also zu messen hatte. Alles das aber wurde von den Sudeten nicht in Betracht gezogen, weder die Spannungen und die Reaktionen noch die Leidenschaften, die ein so erschütternder Krieg in den Gemütern der Völker und besonders der Sieger entfesselt hatte. Man hielt es vielmehr für opportun, die alte gesamtdeutsche Politik und die eigene Opposition gegen jede Verständigung mit den Tschechen, die die Annahme eines gemeinsamen Staates voraussetzte, zu bekräftigen. Indem sie sich den Friedensverhandlungen anvertrauten, um ihre eigenen Forderungen erfüllt zu sehen, verlangten die Sudeten etwas, was diese Verhandlungen nicht geben konnten. Friedensverträge sind im allgemeinen nichts anderes als die Niederschrift und die Anerkennung von Kräfteverhältnissen, die sich aus vorhergehenden Situationen und aus dem Lauf früherer Geschehnisse herleiten; selten ändern sie diese Verhältnisse.

In unserem Falle befanden sich die Tschechen in der vorteilhaften Lage. Dies wurde übrigens auch sofort von der Entscheidung der Alliierten unterstrichen, die Besiegten von den Friedensverhandlungen auszuschließen.

Im Licht der demokratischen und universalistischen Ausrichtung, die man dem Frieden vor allem von amerikanischer Seite hatte geben wollen, kann diese Entscheidung sicherlich kritisiert werden, aber wie Albrecht-Carrié sagt, „It was realized quite correctly that the reconciliation of the multitude of divergent interests among the victors would present sufficient difficulty without the intrusion of an enemy whose sole remaining weapon, in default of effective power,

<sup>46</sup> Leader der Agrar-Partei, der größten tschechischen politischen Gruppierung.

<sup>47</sup> Peroutka, F.: Budování státu [Der Aufbau des Staates]. Bd. 1. Prag 1933, S. 185; zitiert in: Brügell 61.

was the sowing and cultivating of dissension among others. The role of Talleyrand at Vienna had not been forgotten<sup>48</sup>."

Die Sudeten, die einem Volk angehörten, das besiegt aus dem Krieg hervorgegangen war, und die deshalb von den Arbeiten der Konferenz ausgeschlossen waren, fanden sich alsbald in einer Lage totaler Machtlosigkeit vor. Diese ihre Lage zeigte sich in ihrer ganzen Tragweite aus Anlaß der Erklärungen vom 13. und 16. Dezember, mit denen die deutschösterreichische Regierung den Versuch der tschecho-slowakischen Regierung denunzierte, sich die von deutscher Bevölkerung bewohnten böhmischen Gebiete noch vor einer Entscheidung der Konferenz einzuverleiben<sup>49</sup>. Sie verlangte von den Alliierten und von Amerika, daß das Problem der Sudeten mittels Volksentscheid oder Schiedsspruch gelöst werden sollte. Aber mit dem bolschewistischen Schreckensgespenst hantierend, erreichte es Beneš, die Gefahr zu bannen und binnen kurzem Erklärungen solcher Art zu erhalten, die seiner Regierung die Weiterführung der begonnenen Annexion erlaubten. In seinem Antwortmemorandum auf den deutschösterreichischen Protest beschuldigte Beneš den österreichischen Außenminister Bauer, ein Agent der Bolschewiken zu sein und bewaffnete Haufen an der Grenze mit Böhmen zu organisieren, während in Wirklichkeit die deutsche Bevölkerung dieses Gebietes „mixed as it is with a very large percentage of Czechs“ (!) ohne Schwierigkeit ihre Einverleibung in den tschecho-slowakischen Staat hinnahm<sup>50</sup>.

<sup>48</sup> Albrecht-Carrié 362.

<sup>49</sup> Auf ausdrücklichen französischen Rat hin führten die Tschechen in Wirklichkeit eine „friedliche Besetzung“ der strittigen Gebiete durch, wobei sie sich auf die Klauseln des Waffenstillstandes beriefen, die für den Sieger die Möglichkeit vorsahen, sich der bedeutendsten strategischen Punkte zu bemächtigen. Auf diese Weise versuchten sie, die Unterhändler von Paris vor vollendete Tatsachen zu stellen.

<sup>50</sup> Bezüglich der Bauer von Beneš angelasteten aggressiven Absichten gegen die Tschecho-Slowakei soll hier vermerkt werden, daß der österreichische Außenminister im Februar folgenden Jahres den Vorschlag des Grafen Csáky, der sicherlich mit Ermächtigung des damaligen ungarischen Ministerpräsidenten Károlyi gemacht wurde, geeint mit einer österreichisch-ungarischen Aktion zur „Befreiung der deutschen Gebiete Böhmens und Mährens“ vorzugehen, sofort zurückgewiesen hat (Vgl. Valiani, L.: La politica estera dei governi rivoluzionari ungheresi del 1918—'19. Rivista storica italiana 78 (1966) 880—881).

Was die Gemütsverfassung der Bevölkerung angeht, so hatte Beneš hier effektiv die Wahrheit gesagt. Die deutsche Bevölkerung Böhmens gab sich in der Tat keinen besonderen Formen von nationalistischem Extremismus hin. Die Gründe dieser Haltung sind einerseits eine jahrhundertalte Lebensgemeinschaft mit den Tschechen, andererseits Überlegungen wirtschaftlicher Art, genauerhin die sprichwörtliche Emsigkeit gepaart mit einem tiefverwurzelten Desinteresse am politischen Geschehen. Nur am 4. März 1919 fanden anläßlich der Eröffnungssitzung der deutschösterreichischen Nationalversammlung massive Protestkundgebungen in verschiedenen Orten Deutschböhmens statt, gegen die tschechische Besetzung und insbesondere gegen das Verbot von seiten der tschecho-slowakischen Regierung, die Wahlen vom 16. Februar für das deutschösterreichische Parlament abzuhalten. Die stürmische Reaktion der tschechischen Truppen verursachte bei dieser Gelegenheit schwerwiegende Zwischenfälle und mehr als 50 Deutsche verloren dabei ihr Leben. Eine Hauptrolle in der Organisation dieser Kundgebungen spielte die Sudetendeutsche Sozialdemokratie und hauptsächlich ihr Leader Josef Seliger. Vgl. Molisch, P.: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den

Beneš lud deshalb die Alliierten ein, diesen als einzige Autorität offiziell anzuerkennen, die das Recht hatte, bis zum Abschluß des Friedensvertrages provisorisch zu regieren „the peoples living within the historical boundaries of Bohemia and Moravia, of Austrian Silesia and Slovakia“<sup>51</sup>.

Für die französische Regierung handelte es sich nur darum, das zu wiederholen, was sie anläßlich des Anerkennungsakts des tschecho-slowakischen Nationalrates erklärt hatte. Auch die englische Regierung gelangte am 7. Januar 1919 zu dem Schluß, zu erlauben, daß sich die Grenzen des neuen tschecho-slowakischen Staates bis zu den historischen Grenzen der drei Länder der böhmischen Krone bis zu jenem Augenblick ausdehnten, in dem die Friedenskonferenz endgültig darüber befunden hätte. Am folgenden Tag erließ Italien eine entsprechende Erklärung. Schwieriger war es schon, die Vereinigten Staaten<sup>52</sup> zu überzeugen, aber auch hier waren die Bemühungen von Beneš schließlich mit Erfolg gekrönt, nachdem er versichert hatte, daß seine Regierung die Entscheidung der Konferenz bedingungslos akzeptieren würde<sup>53</sup>.

---

Jahren 1918—19. Wien-Leipzig 1932, S. 126—127 und D u b s k ý, V. / K á r n í k, Z.: Die Anfänge des tschechoslowakischen Staates und die sozialistische Bewegung (1917—1923). Prag 1968, S. 118 (Acta Universitatis Carolinae, Philosophica et Historica 2—3).

<sup>51</sup> Vgl. den Text in: FRUS: The Paris Peace Conference, 1919 (im folgenden PPC) 13 Bde. Washington 1942—47, hier Bd. 2, S. 379—382 (The Czechoslovak Minister of Foreign Affairs [Beneš] to the Secretary of State. Paris, December 20, 1918).

<sup>52</sup> Diese hatten in der Tat eine eher vorsichtige Haltung bezüglich der tschechisch-slowakischen Grenzen eingenommen. Der Grund dafür ist aber nicht in einer grundsätzlichen Ablehnung der Lösung der historischen Grenzen zu suchen, als vielmehr im Verlangen, Lösungen zu verwirklichen, die dem Prinzip der Nationalitäten wenigstens zum Teil Rechnung trugen. Gerade deshalb wollten sie sich vor den Friedensverhandlungen nicht festlegen.

Schon in der Einleitung zum Bericht der Inquiry vom 10. Mai 1918 hatte der Prof. Seymour, Direktor jener Abteilung der Inquiry, die sich mit den politischen Problemen Österreich-Ungarns befaßte, zwar die Ungerechtigkeit zugeben müssen, die man begehen würde, wollte man die deutsche Bevölkerung Böhmens in den tschecho-slowakischen Staat integrieren, aber dann bemerken müssen: „any attempt to make the frontiers conform more closely to the national line destroys their practicability as international boundaries . . .“ Zitiert in: P e r m a n 56; Text in: American Peace Commission Papers, Report on Just and Practical Boundaries within Austria-Hungary. In der Folgezeit hatte Albert H. Putney, Vorstand der „Near Eastern Division“ beim State Department, in seinem Memorandum „Bohemia de jure an independent elective Monarchy“ vom August des Jahres 1918 die Legitimität der von den tschechischen Exponenten im Ausland auf der Basis der Tradition von der Unabhängigkeit des böhmischen Königreiches in Hinblick auf die habsburgische Krone entfaltenen Aktivität anerkannt und deshalb indirekt die geschichtliche Einheit des Gebietes zugegeben. Vgl. den Text in: M a m a t e y, V. S.: The United States Recognition of the Czechoslovak National Council of Paris (September 3, 1918). JCEA 13 (1952—53) 50. Die Tatsache ist, daß „their [von den Mitgliedern der Inquiry] acceptance of his claims to the historic boundaries was subject to the condition that some territories inhabited predominantly by Germans be conceded to the neighboring German state“ (P e r m a n 86). So schlug Seymour z. B. im einzelnen vor: „to incorporate the northwestern corner of the Bohemian province into Germany, thus relieving the Czech state of a considerable number of German inhabitants“ (P e r m a n 86).

<sup>53</sup> Dies nach seinen eigenen Ausführungen in seinem Werk: Souvenirs de guerre et de

Aber während den Sudeten nichts anderes übrig blieb, als den Willen der Großmächte zur Kenntnis zu nehmen, entfaltete der tschechische Außenminister inzwischen in Paris eine immer intensivere Tätigkeit zur Vorbereitung der Friedenskonferenz, zu welcher die Tschecho-Slowakei, wenn auch nur als Staat „à intérêts limités“, eingeladen war. Seine Aktivität bezog sich sowohl auf die beschränkte Ebene persönlicher Kontakte, die sehr nützlich waren, um die Sympathien der Verhandlungspartner zu erwerben<sup>54</sup>, wie auch auf die allgemeine Seite der Information der Öffentlichkeit. Zu diesem Zweck war er mit der Vorbereitung und Verbreitung jener Dokumentation sehr beschäftigt, die notwendig war, um die tschechischen Thesen zu stützen. Insgesamt waren es elf Promemoria, die die tschechische Delegation redigieren konnte; davon sind ohne Zweifel das Zweite und das Dritte<sup>55</sup> die bedeutendsten. Letzteres wurde dann sehr berühmt und Ziel heftiger Polemiken, insofern Beneš darin die deutsche Präsenz in Böhmen zu minimalisieren versuchte und ihre Gesamtzahl um ungefähr eine Million verringerte. Es scheint mir jedoch hier nicht der Ort zu sein, in das Meritorische der Diskussion über die größere oder geringere Stichhaltigkeit der einzelnen in diesen Dokumenten aufgestellten Behauptungen einzutreten. Vorwiegend handelte es sich dabei um Propagandamaterial, das eine unmittelbare Wirkung auf dem politischen Feld haben sollte. Eben deshalb lag es nicht in seiner Absicht, eine objektive Darstellung der Situation zu geben. Beneš selbst räumt in seinen „Souvenirs de guerre et de révolution“ ein: „Je commençai donc à écrire rapidement, en improvisant à peu près tout, et sans documents ni bibliographie pour

---

révolution. 1914—1918. Bd. 2. Paris 1928, S. 505 (französische Übersetzung der ersten zwei Bände von: Světová válka a naše revoluce. Prag 1927—28; der 3. nicht übersetzte Band enthält nur Dokumente). G a j a n bemerkt aber hierzu: „Im Archiv des Außenministeriums [in Prag] (PA, 8 Amerika 852) ist nur die Zuschrift Lansings vom 4. Februar 1919 an Beneš verwahrt (die auch in den amerikanischen Dokumenten — FRUS, PPC, Bd. II, S. 384 veröffentlicht ist), in der der amerikanische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten den Empfang der tschechoslowakischen Note vom 20. Dezember 1918 bestätigt und mitteilt, daß die tschechoslowakische Note aufmerksam gelesen und an das amerikanische Außenministerium weitergeleitet worden sei. ‚Your note and its enclosures have had the attentive reading which you requested, and I have lest not time in forwarding them to the Department of State at Washington‘“ (G a j a n, K.: Die tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen in der Periode der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Entstehung des tschechoslowakischen Staates. In: Probleme der Ökonomie und Politik in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vom 17. Jh. bis zur Gegenwart. Berlin 1960, S. 233). Auch Perman betont, nach Überprüfung der amerikanischen Archive, das Fehlen jeder ausdrücklichen Zustimmungserklärung von seiten der Vereinigten Staaten (Vgl. P e r m a n 91).

<sup>54</sup> Bezeichnend dafür ist der günstige Eindruck, den Beneš beim englischen Delegierten Nicolson erwecken konnte, infolge eines Gesprächs, das gerade zwei Tage vor Beginn der Konferenz, am 16. Januar 1919, stattfand. Nicolson bezeichnet in der Tat in seinem Tagebuch den tschechischen Politiker als „Altogether an intelligent, young, plausible, little man broad views“ (Nicolson, H.: Peacemaking 1919. London 1945, S. 196).

<sup>55</sup> Vgl. den gesamten Text im französischen Original in: R a s c h h o f e r, H.: Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919—1920. Berlin 1937, S. 84—108.

m'aider, la plupart des mémoires relatifs à la paix que l'on connaît aujourd'hui et dans lesquels j'exposais toutes nos revendications<sup>56</sup>."

Andererseits erhöhte dann ein entsprechendes Dokument der Regierung in Wien die Zahl der Deutschen in Böhmen um eine halbe Million. Immerhin bleibt zu betonen, wie K. Lisický sagt: „Dazu sind wir schon in der Lage, auf Grund der veröffentlichten Dokumente und Erinnerungen der großmächtigen Teilnehmer verlässlich feststellen zu können, daß . . . die Entscheidung der Einverleibung des von den Sudetendeutschen bewohnten Gebietes in die Tschechoslowakei nicht auf Grund der Behauptungen der tschechoslowakischen Denkschriften getroffen wurde. Die großmächtigen Sachverständigen haben sich für deren Expertisen auf ihr eigenes Material gestützt<sup>57</sup>." Und dafür suchte er weitere Bestätigung bei E. Wiskemann, die sich in ihrem Buch „Czechs and Germans“ in Hinblick auf unser Problem folgendermaßen ausdrückt:

„It ist the general opinion among Austrians, Reich and Sudeten Germans, and Hungarians that the Anglo-Saxon representatives at the Peace Conference were helplessly ignorant about Central Europe and blindly accepted propaganda such as that of the Mémoires. This theory may be immediately dismissed as untrue. The British and American experts politely but hastily looked through the demands of the new nations, but they took no more notice of them. They worked out their position on the basis of the prewar Austrian statistics and it is interesting that, independently, they arrived at almost identical conclusions. This was certainly so in the case of the Czech territorial claims<sup>58</sup>."

In Wirklichkeit befanden sich die Tschechen bereits in einer äußerst günstigen Situation und besonders Beneš gebührt das Verdienst, sie in der besten Weise ausgenutzt, nicht aber bestimmt zu haben: dazu lag die Macht in anderen Händen. Auch darf die französische Hilfe nicht überbewertet werden, sie hatte insofern Erfolg, als die anderen, nämlich Amerika, England und Italien, sich nicht ernstlich widersetzen. Wo dies der Fall war, z. B. in der Frage des Korridors nach Jugoslawien, wurden die tschechischen Forderungen nicht aufgenommen.

Den Arbeiten der Konferenz wurde dann eine Struktur gegeben, die den politischen Augenblick verherrlichen sollte. Wenn man es nämlich auch für angezeigt hielt, eine große Reihe von Expertenkommissionen zum Studium der Einzelprobleme einzurichten, so lag die Endentscheidung doch beim Rat der Zehn, der sich aus den Regierungschefs und den Außenministern der fünf Siegermächte zusammensetzte. Auf diese Weise wurden technische Gründe und Urteile, von welcher Seite sie auch immer kommen mochten, einem globalen politischen Urteil untergeordnet. Es war also Sache der Politiker, das letzte Wort zu sprechen.

Der oberste Rat beschloß, auch für die tschecho-slowakischen Angelegenheiten eine eigene Studienkommission einzurichten, nachdem er von Beneš die Darlegung der tschechischen Forderungen gehört hatte. Am 5. Februar 1919 war nämlich die tschecho-slowakische Abordnung als Vertretung einer Macht „mit begrenzten

<sup>56</sup> Beneš II, 506.

<sup>57</sup> Lisický, K.: Die tschechoslowakische Denkschrift für die Friedenskonferenz von Paris 1919—20. Internationales Recht und Diplomatie 2 (1957) 23.

<sup>58</sup> Wiskemann, E.: Czechs and Germans. London-New York-Toronto 1938, S. 89.

Interessen“ vor den Rat der Zehn geladen worden, um ihre Probleme darzulegen. Wenn Beneš auf der einen Seite sicherlich Gebrauch von all seiner Überzeugungskraft und von all seiner rednerischen Begabung gemacht hat, um die Gründe seiner Regierung zu bekräftigen, mit welchen sie die Annexion der deutschen Gebiete forderte, so hatte er auf der anderen Seite keine nennenswerte Opposition auf seine Thesen von seiten der westlichen Politiker vorgefunden. Und trotzdem hat Beneš schließlich auf eine sehr präzise Frage von Lloyd George geantwortet, daß im Falle einer Volksbefragung die deutsche Bevölkerung sich für die Trennung von der Tschecho-Slowakei ausgesprochen hätte<sup>59</sup>. Eine ideale Situation also für Wilson, zu intervenieren, und „sein“ Recht auf Selbstbestimmung zu bekräftigen. Aber weder in diesem Zusammenhang noch später griff der amerikanische Präsident zugunsten der Sache der Sudeten ein. Es waren vielmehr seine Experten, die versuchen sollten, die beste Lösung zu finden, um zumindest in irgendeiner Weise die allgemeinen Grundsätze, die Wilson verkündet hatte, auf diesen speziellen Fall anzuwenden. Aber auf politischer Ebene sollte ihnen keine wesentliche Unterstützung zuteil werden.

An dieser Stelle ist es interessant, das Werk Archibald Coolidges zu betrachten, der damals von der amerikanischen Regierung beauftragt worden war, die Struktur der früheren Habsburg-Monarchie mit dem Ziel zu untersuchen, eine klare Grenzziehung der neuen Staaten zu ermöglichen. Seine Berichte aus Wien sprechen äußerst klar zugunsten des Rechts auf Selbstbestimmung der Sudeten. In seinem Bericht vom 12. Januar 1919 macht er darauf aufmerksam, daß: „To tear away some three millions of Germans from their fellows and to unite them against their wills to a Czechish population of barely double their numbers would not only be a most flagrant violation of the principles which the Allies and especially the United States have proclaimed as their own and which have been accepted by Austria, but would utterly destroy any hope of a lasting peace. It would create an Austria Irredenta . . .“<sup>60</sup>.

Im Schlußbericht vom 10. März bemerkt er:

„Even if the ‚historic frontiers of Bohemia‘ have been promised to the Czechs by the Allies, modifications can and should be made in the details.“

Im einzelnen schlug er vor:

„a) in the south, Lower and Upper Austria should be extended as possible to the existing ethnic line, as studied out by our experts in Paris. There are no serious geographic objections to this.

b) The Eger District which is not part of the original Bohemia should be allowed to go Bavaria if it wants to.

c) The question is much more difficult in the case of the large rich territory of Northern Bohemia. It is separated from Saxon by natural obstacles, it is of great economic value and its loss would be a very serious blow to the Czecho-

<sup>59</sup> Vgl. FRUS, PPC, Bd. III, S. 881 (Secretary's Notes of a Conversation Held in M. Pichon's Room at the Quai d'Orsay, Paris, on Wednesday, 5 February, 1919, at 3 p. m.).

<sup>60</sup> FRUS, PPC, Bd. II, S. 236 (Professor A. C. Coolidge to the Commission to Negotiate Peace, Vienna, January 12, 1919, No. 15).

slovaks. At the same time if it demands, as to all appearances it does, by an overwhelming majority to be separated from Bohemia, it will be hard to deny the justice of this claims. If they are admitted, the Czechs should be given the preference in doubtful districts. If they are not admitted the territory of Eger should be extended and wherever it is feasible, other modifications should be made.

d) The so-called Sudetenland can be easily cut off from Bohemia and Moravia. Unfortunately it has no connection with either Austria or the rest of German Bohemia. It might exist as a small state in the new German republic or be united to Prussian Silesia<sup>61</sup>.

Aber in der Tat hielten sich selbst die amerikanischen Delegierten Seymour und Dulles während der Arbeiten der „Commission des affaires tchéco-slovaques“ nur zu ganz geringem Teil an die Empfehlungen von Coolidge. Diese Kommission trat zum ersten Mal am 27. Februar<sup>62</sup> zusammen unter dem Vorsitz von Jules Cambon, vormals Botschafter in Berlin, dem Jules Laroche, der Vertrauensmann von Philippe Berthelot<sup>63</sup>, zur Seite gestellt worden war. Der von Cambon gewandt vorgetragene französische Standpunkt gab bald der ganzen Verhandlung ihren Ton. Zuerst gelang es ihm, den Antrag durchzubringen, die historischen Grenzen von 1914 zum Ausgangspunkt der Arbeiten zu machen, und dann, die Kompetenz der Kommission auf die Gebiete der früheren Habsburg-Monarchie zu beschränken und somit jede Diskussion über die Möglichkeit eines Anschlusses an Deutschland auszuschließen. Obwohl die Italiener und Engländer sofort mit dem französischen Ansatz im wesentlichen übereinstimmten, zeigten sich jedoch die ersteren dem tschechisch-jugoslawischen Korridor entschieden abgeneigt. Die Amerikaner hingegen meldeten einige Bedenken darüber an, ob es günstig sei, eine zu hohe Anzahl von Deutschen in den neuen Staat zu integrieren und schlugen einige Änderungen vor, aber es handelte sich vorwiegend um Details<sup>64</sup>. Für eine

<sup>61</sup> FRUS, PPC, Bd. XII, S. 274 (Memorandum by Professor A. C. Coolidge, March 10 [1919], The New Frontiers in Former Austria-Hungary).

<sup>62</sup> Die anderen Mitglieder waren für England Joseph Cook, Ministerpräsident von Neuseeland, und Harold Nicolson; für Italien der Marchese Giuseppe Salvago Raggi, Botschafter in Paris, und Augusto Stranieri, Generalkonsul.

<sup>63</sup> Berthelot, ein hoher Beamter des französischen Außenministeriums, und tschechenfreundlich eingestellt, begünstigte maßgeblich die diplomatische Tätigkeit von Beneš in Paris und später, als Generalsekretär desselben Ministeriums, wird er die Außenpolitik von Beneš in den zwanziger Jahren aktiv unterstützen.

<sup>64</sup> „Prof. Seymour (USA) erklärt, daß die so festgelegte Grenze [unverändert im Vergleich zur früheren Grenze zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland] mit dem Vorschlag der amerikanischen Delegation unter Vorbehalt kleinerer Berichtigungen übereinstimme, die an einzelnen Punkten als notwendig erkannt werden könnten.“ R a b l, K.: Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918—'19. München 1958, S. 158, Anhang E: „Aus den Protokollen über die Behandlung der sudetendeutschen Frage auf der Friedenskonferenz von Paris“, 1) Ausschuß für die tschecho-slowakischen Angelegenheiten, a) Protokoll Nr. 1 — Sitzung vom 27. Februar 1919; der Originaltext findet sich in: Ministère des Affaires Étrangères, Recueil des actes de la Conférence de la Paix. 45 Bde., Paris 1922—1934, Partie IV, Commissions de la Conférence (Procès verbaux, Rapports et Documents), C: Questions territoriales, Bd. I, Commission des affaires tchéco-slovaques, S. 8 ff.

weitere Überprüfung der Fragen wurde immerhin eine Unterkommission gebildet, der Dulles für die Vereinigten Staaten, Nicolson für Großbritannien, Stranieri für Italien und der General Le Rond, der auch den Vorsitz führen sollte, für Frankreich angehörten. Auch dieser letztere, mit Beneš seit dem Herbst 1918 sehr freundschaftlich verbunden, wußte die tschechischen Forderungen äußerst aufmerksam zu verteidigen und ging so weit, während der Sitzung den italienischen Delegierten zu rügen, weil er die Bewohner des böhmischen Grenzgebietes als Deutsche bezeichnet hatte, denn „die betreffende Bevölkerung habe niemals unter irgend einem Titel zu Deutschland, sondern stets zum österreichischen Kaiserreich gehört“<sup>65</sup>. Die bolschewistische Gefahr, die in jenem Augenblick in Mittel-Europa besonders aktuell war, stellte eines der wirksamsten Überzeugungsinstrumente in den Händen von Le Rond dar. Die amerikanische Position blieb jedoch beinahe unverändert und bestand weiterhin auf der Opportunität, Friedland, Rumburg und das Gebiet von Eger abzutrennen, ein Vorschlag, der den Inhalt einer besonderen Empfehlung bildete, während die Forderung nach dem Korridor zu Jugoslawien entschieden zurückgewiesen wurde. In seinem Schlußbericht an den obersten Rat erklärte der Ausschuß, in seinen Diskussionen hauptsächlich von ethnischen Erwägungen geleitet gewesen zu sein. Sofort darauf aber las man: „Nichtsdestoweniger hat er in verschiedenen Fällen auch andere Gesichtspunkte in Rechnung stellen müssen“<sup>66</sup>.

In Wirklichkeit fand sich im gesamten Bericht keine einzige Andeutung bezüglich des Prinzips der Selbstbestimmung, aber nicht einmal in diesem Falle griff Wilson zu dessen Gunsten ein. Die Möglichkeit dazu wäre ihm sofort von der bitteren Polemik geboten worden, die ihn bei der Wiederaufnahme der Arbeiten des Vierer-Rates<sup>67</sup> Ende März zusammen mit Lloyd George Clemenceau scharf entgegengetreten sah, was die französischen Gebietsforderungen an Deutschland betraf. Mit dem Memorandum von Fontainebleau (25. März) hatte sich der englische Premier in der Tat mit den polnischen Forderungen auf die deutschen Ostgebiete nicht einverstanden erklärt und auch betont, eine „rectification of the Bohemian frontier“ zugunsten Deutschlands sei angebracht. Er hatte behauptet, daß die Bildung von einer ganzen Reihe kleiner Staaten rund um Deutschland mit starken deutschen Anteilen, die zu einer Vereinigung mit dem Mutterland tendierten, zu einem neuen Krieg führen könnte. Unter anderem hatte er ausgeführt:

<sup>65</sup> R a b l 173, Anhang E: „Aus den Protokollen . . . 1) Ausschuß für . . . g) Unterausschuß, Protokoll Nr. 6 — Sitzung vom 11. März 1919; der Originaltext findet sich in: Ministère des Affaires Étrangères I, 143 ff.

<sup>66</sup> R a b l 190, Anhang E: „Aus den Protokollen . . . 1) Ausschuß für . . . k) Anhang zum Protokoll Nr. 10 — Bericht des Ausschusses für tschecho-slowakische Angelegenheiten an den Obersten alliierten Rat, 26. März 1919; der Originaltext findet sich in: Ministère des Affaires Étrangères I, 70 ff.

<sup>67</sup> Der Rat der Zehn hatte sich nämlich verändert. Einerseits hatten sich die Vertreter Japans von den Diskussionen, die europäische Fragen betrafen, zurückgezogen, andererseits hatte man sich entschlossen, das Gremium zu spalten in einen Obersten Rat, der sich nur aus den Regierungschefs der vier Großmächte zusammensetzte, und in ein Komitee der respektiven Außenminister, das die Akten der Kommissionen studieren sollte.

„I would therefore take as a guiding principle of the peace that as far as is humanly possible the different races should be allocated to their motherlands, and that this human criterion should have precedence over considerations of strategy or economics or communications which can usually be adjusted by other means<sup>68</sup>.“

Clemenceau antwortete, daß die einzige Alternative zu „une Confédération de l'Europe orientale et centrale sous la direction de l'Allemagne bolcheviste“<sup>69</sup> eine wirksame Barriere von jungen Völkern war, die man genügend stützen und unterstützen mußte, wie die Tschechen und die Polen, während eine für die Deutschen günstige Lösung das Nationalgefühl dieser Nationen schwerstens verletzt und sie den Bolschewiken in die Arme getrieben hätte<sup>70</sup>.

Lloyd Georg scheint also in diesem Augenblick das Prinzip der Nationalität voll zu unterstützen; in Wirklichkeit bestehen aber Zweifel darüber, ob diesen Erklärungen ein ehrliches politisches Wollen zugrunde lag. Sicher ist, daß es nicht der politischen Tradition Englands entsprach, ein abstraktes Kriterium wie das Prinzip der Selbstbestimmung als Verhaltensregel zu übernehmen, noch hatte der englische Delegierte in der Kommission für die tschecho-slowakischen Angelegenheiten je Vorschläge in diesem Sinne gemacht<sup>71</sup>. Andererseits brachte Lloyd George, als es sich in der Sitzung vom 4. April darum handelte, die Grenzen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei endgültig festzulegen, dem Vorschlag Clemenceaus, die Grenzen so, wie sie zwischen Österreich und Deutschland 1914 gewesen waren, zu belassen, nicht den geringsten Widerstand entgegen. Es scheint vielmehr, daß das Memorandum von Fontainebleau in das gespannte Klima eingefügt werden muß, welches die exzessiven französischen Gebietsforderungen unter den Führern der Westmächte geschaffen hatten und die die Politik des europäischen Gleichgewichts, die den Engländern so lieb ist, in Gefahr zu bringen drohten. So wurde die Aufmerksamkeit auch auf die böhmischen Grenzen gelenkt und auf allgemeine humanitäre Prinzipien. Dies geschah aber durchaus im Vorbeigehen, als Anwendung eines letzten Druckmittels und in Wirklichkeit bestand man dann nicht mehr auf diesem Thema.

Eher schon versuchte Lloyd George, sich den polnischen Forderungen zu widersetzen, und dies war in der Tat der wahre Zweck des Memorandums gewesen,

<sup>68</sup> Zitiert in: P e r m a n 160; Text in: Wilson Papers, Serie VIII, David Lloyd George, Some considerations for the Peace Conference before they finally draft their terms, March 25, 1919.

<sup>69</sup> T a r d i e u, A.: La paix. Paris 1921, S. 130; dort auch der gesamte Originaltext der Antwort Clemenceaus.

<sup>70</sup> Bei dieser Polemik verweilt ziemlich lange F. S. Nitti in seinen Scritti politici, wobei er eine starke Neigung für die Thesen von Lloyd George nicht verbergen kann. Vgl. N i t t i 78—90.

<sup>71</sup> Im Gegenteil, im Protokoll der Sitzung vom 27. Februar liest man unter anderem: „Sir Joseph Cook (Britisches Reich) teilt diese Meinung [die deutschen Gebiete in die Tschecho-Slowakei einzubeziehen]. Durch einen Ausschluß der Deutschen würde der neue Staat geschwächt, Deutschland jedoch gestärkt, was nicht im Interesse der Alliierten liege. Alle, auf geschichtlichen, wirtschaftlichen und strategischen Erwägungen beruhenden Gründe sprächen für die Einbeziehungen dieser Deutschen nach Böhmen.“ R a b l 157; zur Angabe des Originaltextes vgl. Anm. 64.

aber dabei stieß er auf den erklärten Willen Wilsons. Während der amerikanische Präsident Frankreich gegenüber äußerst entschieden die Beachtung des Nationalitätenprinzips forderte, legte er sich im Falle der Sudeten trotz der klaren Andeutungen des englischen Premiers nicht fest. Im Falle Polens griff er sogar zu wirtschaftlichen und strategischen Beweggründen, um seinen eigenen Standpunkt zu bekräftigen.

An der Sitzung vom 4. April konnte Wilson aufgrund einer Krankheit, die ihn ausgerechnet am Vorabend befallen hatte, nicht teilnehmen. Es gibt aber Gründe anzunehmen, daß sich Oberst House, der ihn vertrat, wohl gänzlich in seinem Sinn ausgesprochen hat, als er in der kurzen Diskussion bezüglich der Erhaltung der historischen Grenzen Böhmens sagte:

„Cette solution me paraît la meilleure.“

Die Sitzung war von Clemenceau eröffnet worden:

„Je viens de regarder le rapport de la commission compétente sur la frontière entre la Bohême et l'Allemagne. La solution est très compliquée et fait toutes sortes de changements, dont certains comportent de cession de territoires aux Allemands: cela me paraît bien inutile. Le plus simple est de maintenir la frontière telle qu'elle était avant la guerre et de laisser à la Bohême et à l'Allemagne le soin de faire entre elles des échanges de territoires si elles le jugent bon.“

Quant à la question des Allemands de Bohême, elle n'a rien à faire avec les préliminaires de paix entre nous et l'Allemagne.“

Lloyd George widersetzte sich, wie wir gesehen haben, in keiner Weise. Er begnügte sich damit, hinzuzufügen:

„C'est en effet une question liée à celle de la division de l'ancien Empire autrichien. Je suis d'accord avec vous pour respecter l'ancienne frontière entre la Bohême et l'Allemagne.“

Dann hielt es der französische Ministerpräsident für angebracht, nachdem er auch von House positive Antwort erhalten hatte, das Argument abzuschließen, nicht ohne Wilson in Wirklichkeit die Möglichkeit einer diesbezüglichen Intervention offenzuhalten:

„Nous concluons donc — en réservant l'opinion du Président Wilson — au maintien pur et simple de l'ancienne frontière entre la Bohême et l'Allemagne“<sup>72</sup>.“

Aber der amerikanische Präsident unternahm keine Schritte in dieser Richtung und gab anlässlich einer Stellungnahme im Viererrat am 8. Mai zu verstehen, daß er die Frage der böhmischen Grenzen mittlerweile als abgeschlossen betrachte:

„Je me suis fait envoyer une liste des questions de frontières sur lesquelles il y accord entre nos experts et de celles sur lesquelles il y a encore des décisions à prendre.“

Il y a accord sur les frontières de l'Autriche, de la Hongrie, de la Bulgarie.

Les frontières de la Tchéco-Slovaquie sont fixées sauf de côté de Teschen et sur quelques points du côté de la Hongrie<sup>73</sup>.“

<sup>72</sup> M a n t o u x, P.: Les délibérations du Conseil de Quatre. Bd. 1. Paris 1955, S. 149; (Conversation entre MM. Clemenceau, Lloyd George, Orlando et le Colonel House, 4 avril 1919 — 4 h).

<sup>73</sup> M a n t o u x II, 5; (Conversation entre MM. Le Président Wilson, Clemenceau, Lloyd George, Orlando et le baron Sonnino, 8 mai 1919 — 11 h.)

Als Coolidge, der seinen Platz in der Kommission der tschecho-slowakischen Angelegenheiten wieder eingenommen hatte, in extremis wenigstens auf die Grenze mit dem neuen österreichischen Staat jenes Prinzip der Nationalität, das Deutschland gegenüber anzuwenden man sich geweigert hatte, anzuwenden versuchte, wobei er die Unterstützung des Staatssekretärs Lansing<sup>74</sup> fand, mußte er sich von Wilson, der sich bereits auf der Rückreise in die Vereinigten Staaten befand, sagen lassen, die „größte Vorsicht“ beim neuerlichen Ziehen der böhmischen Grenzen nach ethnischen Gesichtspunkten walten zu lassen. Der Präsident wurde dann deutlicher:

„there is a certain district in Bohemia, for example, which is undoubtedly predominantly German in population but which lies within the undoubted historic boundaries of Bohemia and constitutes an integral part of her industrial life. In such circumstances ethnographical lines cannot be drawn without the greatest injustice and injury<sup>75</sup>.“

Hier kommt endlich klar und unzweideutig das Kriterium zum Vorschein, das Wilsons Verhalten bezüglich des Problems der böhmischen Grenzen inspiriert hatte.

Den Delegierten der Weimarer Republik und denen Deutschösterreichs, die nach Paris gerufen worden waren, um die Friedensbedingungen entgegenzunehmen, blieb nichts anderes übrig, als die Tatsachen anzuerkennen. Weder die Logik der Macht noch die des Gleichgewichts noch die Logik des demokratischen Denkens Wilsons hatten im Endeffekt eine Lösung zugunsten ihrer nationalen Forderungen für geboten gehalten. Den Unterhändlern von Paris war übrigens nur die enge Wahl zwischen einem Großdeutschland und einer „Austria Irredenta“ geblieben, mit dem Ziel, eine Regelung vorzuzeichnen, die imstande war, den Frieden in Europa zu erhalten. Die Gefahren der einen oder anderen Lösung waren ungefähr gleich groß. Bei der Wahl des zweiten Weges spielte wohl unter anderem der Wille mit, die neuen Völker zu größerer Verantwortlichkeit zu führen, ihre demokratischen Fähigkeiten entwickeln zu helfen, indem man ihnen einen Beweis des Vertrauens gab, und zugleich die Deutschen zu einem tiefgreifenden Überdenken ihres politischen Verhaltens anzuhalten.

Aber all dies geschah nur zu einem äußerst geringem Teil und zu Beginn der dreißiger Jahre waren die politischen Aussichten und die historischen Umstände, auf denen die Verträge von Versailles und Saint Germain gründeten, entschieden schlechter geworden. Gerade in dieser wesentlichen Änderung der ursprünglichen Bedingungen müssen meines Erachtens die Gründe der darauffolgenden Entwicklung der Sudetenfrage gesucht werden und nicht so sehr, oder nicht nur, in den Verträgen von Paris, die als solche nur eine gewisse Atmosphäre, eine bestimmte internationale politische Situation verzeichneten.

<sup>74</sup> Es soll an diesem Punkt angemerkt werden, daß der amerikanische Staatssekretär, der während des Krieges einer der entschiedensten Verfechter der Notwendigkeit gewesen war, die volle Unabhängigkeit der Habsburg unterworfenen Völker anzuerkennen, im Laufe der Friedenskonferenz aufgrund des starken nationalistischen Geistes, der sich unter den Vertretern der neuen Staaten gezeigt hatte, ihnen gegenüber eine zunehmend feindlichere Haltung eingenommen hat.

<sup>75</sup> Zitiert in: P e r m a n 206—207; Text in: Wilson Papers, Serie VIII, Wilson to Lansing, Juli 2, 1919, radio from SS George Washington.